Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt", vierteljährlich 2,40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 222. Donnerstag, den 21. September 1916. 23. Jahrg.

Vor 25 Jahren.

Von Dr. Paul Lensch.

Wir leben so sehr in der Gegenwart, daß wir leicht die Vergangenheit vergessen; und doch kann nur der die Gegenwart recht verstehen, wer die Vergangenheit gut kennt.

Das gilt auch von der bevorstehenden Reichskonferenz. Sie fällt in eine für die Partei außerordentlich verhängnisvolle Situation. Aufgabe der Konferenz soll sein, die drohende Spaltung zu verhüten, zugleich aber auch den Parteigenossen den Weg zu weisen, den die Partei in Zukunft einzuschlagen hat. In dieser Hinsicht ähnelt, trotz aller sonstigen Verschiedenheiten, diese Reichskonferenz in überraschendem Maße dem Erfurter Parteitage, der jetzt vor genau 25 Jahren abgehalten wurde und der ebenfalls eine doppelte Aufgabe hatte: Auseinandersetzung mit der Opposition und Aufstellung sachlicher Richtlinien für die Zukunft. Die zweite Aufgabe wurde bekanntlich gelöst durch die Aufstellung eines neuen Parteiprogramms, das bis heute noch in Kraft ist. In dieser Hinsicht wird die heutige Reichskonferenz dem Erfurter Parteitag allerdings weniger ähneln; denn es kann unmöglich die Aufgabe der Konferenz sein, in eine Prüfung unserer programmatisch niedergelegten Anschauungen und Forderungen einzutreten. Wie weit die im Erfurter Programm niedergelegten Leitsätze auch jetzt noch der kapitalistischen Wirklichkeit entsprechen, das nachzuprüfen wird erst die Aufgabe der Zeit nach dem Kriege sein, wenn die ungeheure wirtschaftliche Umwälzung unserer sozialen Gesellschaft, die der Krieg bedeutet, erst zu einem gewissen Abschluß gekommen ist und einen kritischen Ueberblick gestattet.

Umso größer aber ist die Aehnlichkeit, die in der zuerst erwähnten Aufgabe: der Auseinandersetzung mit der Opposition zwischen Reichskonferenz und Erfurter Parteitag besteht. Nur daß diesmal, unseren ganzen Zeitläuften entsprechend, alles ins Gigantische übertragen ist. Wie gewaltig und wie zauberhaft erschienen uns noch vor wenigen Jahren die Zeiten der ausgehenden achtziger und der beginnenden neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts! Es war die Heroenzeit der deutschen Sozialdemokratie, wo sie sich rühmte, Bismarcks Sozialistenpeitsche zerbrochen und ihn selber vom Stuhl seiner Macht gestoßen zu haben. Heute wandeln schon die meisten der großen Vorkämpfer jener Tage im Schattenreich: Bebel und Liebknecht, Singer und Auer. Und doch, verglichen mit unserer Zeit, mit der Riesentragödie des Weltkrieges, erscheint das Verflossene klein. Der Uebergang aus der Zeit des Sozialistengesetzes in die normalen Verhältnisse war ganz gewiß nicht im entferntesten zu vergleichen mit den Uebergangsverhältnissen, in denen die Partei sich jetzt befindet. Und doch erhob sich damals in der Sozialdemokratie eine Opposition, die zwar nicht an Ausdehnung, wohl aber in den Denkungsart die überraschendsten Parallelen aufweist mit der heutigen Opposition. Wenn man heute das Flugblatt nachliest, das die damalige Berliner Opposition verbreitet und das dem Protokoll des Erfurter Kongresses einverleibt ist, so hat man beinahe die Empfindung, als ob es heute geschrieben sei. Alles findet sich da wieder, was auch heute an Vorwürfen der Mehrheit an den Kopf geworfen wird, höchstens die Bezeichnungen: Annektionspolitiker und Sozialimperialist wird man schmerzhaft vermissen. Die waren damals noch nicht erfunden. Aber sonst ist in der Tat alles vertreten.

Mit der Beteuerung, daß die Oppositionsanhänger nichts mehr bekämpfen, als die Sprengung der Partei, fängt es an, und mit der Beteuerung, wenn die Mehrheit der Minderheit sich nicht unterordne, sei die Sprengung der Partei unvermeidlich, hört es auf. Und zwischen diesem Anfang und Ende werden gegen die Mehrheit rastlos die bekannten, heute nur dem politischen Neuling als neu anmutenden Vorwürfe erhoben: die Partei sei versumpft, die Führer hätten alle Grundsätze mit Füßen getreten, den Sozialismus verraten und die Bewegung an die Regierung und die bürgerlichen Parteien verschachert. Liebknecht — der Alte! — wird als „Umlerner" verhöhnt und ihm immer wieder vor Augen gehalten, wie er im Jahre 1869 für den Antiparlamentarismus sich ins Zeug gelegt habe. Seine Erklärung, daß sich alle Verhältnisse inzwischen total geändert hätten und daß nur ein Kindskopf glauben könne, unter veränderten Verhältnissen mit der unveränderten Taktik auskommen zu können, stößt bei der Opposition nur auf Hohn. Am schlimmsten aber erging es Bebel. Von ihm hieß es, er habe vollkommen zugunsten des Militarismus kapituliert — Bebel hatte nämlich feldgraue Uniformen verlangt und seine Bereitwilligkeit erklärt, die Mittel dazu zu bewilligen — er sei ein Chauvinist und wolle „offenbar einen Krieg provozieren"; er habe Vertrauen zur bürgerlichen Regierung proklamiert, den Gedanken einer allgemeinen Abrüstung preisgegeben und dadurch die ganze Stellung der Partei gegen den Militarismus untergraben. Auch dem monarchischen Prinzip habe man gehuldigt, indem man im Reichstage zugestimmt habe, daß gewisse Dinge durch kaiserliche Kabinettsorder also durch die Initiative des Monarchen geregelt wurden. Die Führer, Bebel und Liebknecht, hätten vollkommen jedes proletarische Empfinden verloren, während die Führer der Opposition den Verzweiflungsschrei der hungernden Massen hörten. Aber in den Fragen des Prinzips sei die Disziplin nicht am Platze, Majoritätsbeschlüsse einer politischen Partei seien oft rein zufällig und könnten unmöglich die Autorität verlangen, daß man um ihretwillen das sozialistische Prinzip aufgebe. Die Oppositionellen seien die eigentlichen Sozialdemokraten, während sehr vielen, die sich heute noch als „die Alten" aufspielten, die Eigenschaft als Sozialdemokrat abgesprochen werden müsse."

So argumentierte damals die Parteiopposition. Ist es zuviel gesagt, daß diese Argumentation merkwürdig „modern" uns anmutet? Die Opposition von heute arbeitet, ohne es zu wissen, mit genau den gleichen Schablonen, wie die Opposition vor 25 Jahren. Sie ist ein auffallend getreuer Abklatsch von ihr. Und welchen Erfolg hatte die Opposition damals? Wie war ihr geschichtlicher Ausgang? — Es splitterten einige ihrer Wortführer von der Parteibewegung ab, einige gingen ins anarchistische Lager und sind in London und sonstwo verschollen; andere schlossen sich ihr später wieder an. Im ganzen aber war die Opposition nur eine Wachstumserscheinung, die ohne jeden geschichtlichen Einfluß blieb und lediglich für den Forscher der Parteigeschichte einen gewissen Reiz als Kuriosität besitzt. An sich war es natürlich begreiflich, daß der Strom der Partei bei seinem Austritt aus dem engen Felsentor des Ausnahmegesetzes in die flachere Ebene des normalen Rechts gewisse Strudel und Untiefen passierte. Aber nach dem Passieren dieses Engpasses strömte er nur um so majestätischer dahin.

Wir haben keinen Anlaß, anzunehmen, daß die jetzige Wachstumskrisis der Partei einen anderen Verlauf nehmen wird. Freilich ist diesmal, wie wir bereits betonten, alles ins Riesenhafte erweitert. Die politische Krisis von damals ist mit der heutigen nicht zu vergleichen, und demgemäß ist auch die Parteiopposition von heute ungleich größer als die vor 25 Jahren. Aber dafür ist die Partei auch vielmehr die Verkörperung der gesamten Klassenbewegung des Proletariats geworden und bietet schon durch ihre gesteigerte Kraft und Größe die feste Sicherheit, daß sie auch diese Krisis überwinden wird. Absplitterungen einzelner mögen zwar mehr vorkommen wie damals, aber die Arbeiterklasse selber wird sich nicht zersplittern und zerreißen lassen.

*

Soweit Lensch. Wir schließen uns seiner Hoffnung, daß die jetzige Krisis in der Partei denselben Verlauf nehmen wird wie die vor 25 Jahren, an. Ja, wir gehen mit unseren Hoffnungen noch weiter. Von der gegenseitigen Aussprache auf der heute beginnenden Reichskonferenz erwarten wir eine derartige Klärung, daß die organisatorischen Grundlagen der Partei — wo sie ins Wanken gekommen sind — wieder befestigt werden. Voraussetzung ist natürlich der gute Wille auf allen Seiten und der ist doch angeblich allenthalben — von verschwindenden Ausnahmen abgesehen — vorhanden. Wir dürfen und wollen uns unsere Partei nicht zertrümmern lassen. Das muß und wird Leitmotiv aller derjenigen Genossinnen und Genossen sein, die heute in Berlin zur Reichskonferenz zusammentreten. Möge sie gute Arbeit im Interesse unserer Partei leisten.

Von den Kriegsschauplätzen.

Das Ringen im Westen und Osten und Süden dauert, kaum von kurzen Atempausen unterbrochen, mit aller Heftigkeit an. Auf allen Seiten leisten die Kämpfer das menschenmögliche. Sie wissen, daß es ums Ganze geht und wünschen den Tag der Entscheidung in greifbarere Nähe gerückt zu sehen. Und wenn man die Berichte näher anschaut, dann zeigt sich klar, daß die gewaltige Kraftausmessung der Gegner in allen Lagern anerkannt wird. Die Wucht der Tatsachen läßt sich nicht mehr, wie vielfach zu Beginn des Krieges, mit leeren Redensarten abtun. So berichtet jetzt der Pariser Korrespondent des „Secolo" über die unerhörte Heftigkeit der Kämpfe an der Somme und über die wilde Tapferkeit, die die deutschen Truppen bei der Verteidigung ihrer Stellungen von Barleux bis Vermandovillers entwickelten. Er erzählt, daß das 12 Kilometer lange Frontstück von den Deutschen mit zähester Tapferkeit verteidigt würde. Ungeachtet der ausgezeichneten Artillerievorbereitung, meldet er, war der Widerstand der aus ihren unterirdischen Höhlen hervordringenden Leute außerordentlich. An vielen Stellen entspannen sich lebhafte Nahkämpfe, jede Grabenlinie wurde von den Deutschen mit wilder Tapferkeit verteidigt. Man sah nördlich von Vermandovillers eine ganze deutsche Kompagnie lieber den Tod erleiden, als daß sie ihre Stellung verlassen hätte. Der 17. September verzeichnet einen der blutigsten Tage seit dem Beginn des Kampfes in der Picardie.

Der Militär-Kritiker des „Bund" schreibt zur strategischen Bedeutung der englisch-französischen Teilerfolge an der Somme: Alle diese Teilerfolge, die mit rücksichtslosem Einsatz von Menschen und Material und in bewundernswerter Ausdauer erkämpft werden, vermögen doch nichts an der Tatsache zu ändern, daß die deutsche Front ihre volle Elastizität bewahrt hat und sich jedesmal spannkräftig zurückzieht, ohne zu zerreißen, daß also die Teilschlacht auf die große europäische Schlachtenentscheidung selbst aber ohne unmittelbaren Einfluß ist. Nach wie vor wirkt die Somme-Offensive nur mittelbar als schwerer Druck auf den rechten Flügel der Zentralmächte. Solange helles, trockenes Wetter anhält, kann das Zerstampfen der deutschen Stellungen an der Somme fortgesetzt werden, das durch die artilleristische Ueberlegung und die zahlenmäßige Fliegerüberlegenheit betrieben wird, und seit dem 24. Juni, dem Beginn des Trommelfeuers an der Westfront, täglich 120 Meter Bodengewinn gebracht hat, der sehr teuer erkauft wird und auf dem beide Gegner ihre heldenhaften Streiter betten, ohne daß sich ein Ende absehen ließe.

Zuversichtlicher über eine nahende Entscheidung spricht sich die Stockholmer „Allehanda" aus. Sie schreibt: „Es gelingt den Engländern und Franzosen trotz ihrer täglich wiederholten gewaltigen Stößen nicht, den deutschen Wall im Westen zu sprengen. Gleichzeitig siegen die Deutschen im Osten derart, daß Rußlands letzte große Armee zusammenbricht. Und wenn das an Naturschätzen reiche Rumänien in die Hände der Mittelmächte gerät, dann dürfte es kaum noch einen vernünftigen Sinn haben, den Krieg noch einen Winter lang im Schützengraben fortzusetzen. Daß England in Anbetracht seiner Hilfsmittel nicht ohne weiteres wird aufhören wollen, ist allerdings anzunehmen. Aber in Rußland dürfte Hindenburg dafür sorgen, daß ihm keine Möglichkeiten bleiben, neue Armeen aus dem Boden zu stampfen. Frankreich mit seinen Kriegsschulden von 80 Milliarden und dem Gedanken an seine unerhörten Blutopfer dürfte sich wohl schwerlich zu dem Selbstmord entschließen, den ein Abnutzungskrieg im Winter bedeuten würde. Offenbar bieten Rußlands rücksichtslose Generale bereits das Aeußerste auf, um die Südwestfront der Zentralmächte zu sprengen. Was die an Zahl fraglos unterlegenen Deutschen an ungebrochener Verteidigungskraft geleistet haben, grenzt ans Wunderbare."

Gegenüber dieser neutralen Stimme lauten die Töne allerdings anders, die Ministerpräsident Briand in der Kammer hören ließ. Er gab abermals die Erklärung ab, daß vor einem vollen Sieg der Entente nicht an Frieden gedacht werden dürfe. „Havas" berichtet über diese Sitzung: Im Lauf der Beratung über die provisorischen Kredite forderte der sozialistische Abgeordnete Roux Costadau die Regierung auf, bestrebt zu sein, die Einheit der Kräfte zu verwirklichen, wie im Sommer die Einheit verwirklicht wurde. Er führte aus, Frankreich könne nicht das Blut aller seiner Kinder geben. Die Alliierten müßten auch die notwendigen Opfer bringen. In der Erwiderung rühmte Briand die einzelnen Anstrengungen der alliierten Völker, um den Sieg der heiligen Sache zu sichern. Die Forderung, ein Land müsse seine Anstrengungen zu denen eines andern in das rechte Verhältnis setzen, schließt einen ungerechten Tadel ein. Briand sagte, England spiele nicht nur eine ruhmvolle Rolle in Frankreich, sondern es schütze auch in so nützlicher Weise die Meere. Unter großen Schwierigkeiten habe England eine furchtbare Armee aufgestellt. Freiwillig, so führte Briand aus, sind die Engländer mit ihrer ganzen Loyalität in den Krieg eingetreten. Sehen Sie die Zahl ihrer Verluste und beurteilen Sie darnach ihre glänzende Anstrengung. Was Italien betrifft, so kam es freiwillig zu uns. Sie wissen, mit welch bewunderungswürdigem Mut und unter welchen schwierigen Verhältnissen es in dem gebirgigen Lande für die gemeinsame Sache kämpft. (Beifall.) Die Russen haben trotz der Transportschwierigkeiten die Welt durchquert, um ihren brüderlichen Armeen in Frankreich und auf dem Balkan zu Hilfe zu kommen. Wir alle vereinigen unsere Anstrengungen gegen den gemeinsamen Feind. Wir müssen alle unsere Hilfsmittel und alle unsere Kräfte und unser Geld vereinigen. Dafür wollen wir arbeiten, denn wir alle sind aus ganzem Herzen dem Vaterland zu Hilfe gekommen. Was das ganze Frankreich heute will, ist, daß so viel Blut nicht vergebens vergossen worden ist, daß Frankreich vergrößert hervorgehe, daß es beweist, daß die Sache der Freiheit triumphiert und daß es morgen den Strahlenkranz des Ruhmes erlangt, den es verdient. Das Land ist durch keinerlei Propaganda irregeführt. Es richtete seinen Blick auf den Sieg und will ihn beschleunigen. Zu diesem Zweck gibt es Kanonen, Geschosse und Menschen mit unerschütterlichem Mut (Beifall.) Der Sozialist Brizon erhob in einem Zwischenruf Einspruch gegen die Verewigung des Krieges, der soviel Menschen-

opfer koste. Briand erwiderte, Frankreich, das nicht aufgehört hatte, friedliche Gefühle kundzugeben, fiel dem langsam vorbereiteten Angriff zum Opfer. Briand fuhr fort: Eines Tages sprang ihm Deutschland an die Gurgel, um es zu erreichen und schritt über den Körper des kleinen Belgien, dessen Neutralität es einstmals verbürgt hat. Seit zwei Jahren erträgt Frankreich den Eindringling und drängt ihn Fuß um Fuß zurück und Sie sprechen in diem Augenblick vom Frieden; welche Herausforderung, welche Schmach für das Gedächtnis all unserer Toten! In mehrere Departements sind die Deutschen eingedrungen und begehen dort schändliche Ausschreitungen gegen die Bevölkerung, die indessen die bewunderungswürdige Haltung bewahrt. In dem Augenblick, wo diese gespannt auf die Geschütze der Befreiung horcht, sagen Sie, wir wollen Frieden schließen; Sie kennen den Edelmut Frankreichs nicht und glauben, daß es um den Preis feindlicher Milliarden den sofortigen Frieden annehmen könnte. Das würde ein Kriegsfriede sein. Die künftigen Generationen würden fortwährend drohenden Angriffen ausgesetzt sein, und Deutschland würde suchen, den schlechten Streich zu wiederholen, der ihm diesmal nicht geglückt ist. Ja, Geld ist jeden Tag verloren worden, aber während 44 Jahre arbeitete Frankreich mit der Wunde in der Seite und erholte sich wieder. Es wird sich umso besser erholen, je vollständiger es siegreich ist. Wenn Sie wollen, daß der Friede in der Welt herrscht und daß die Gerechtigkeit blüht, so wünschen Sie einen Sieg Ihres Landes. Nur dann wird der Friede kommen. Bis dahin suchen Sie nicht das Land glauben zu machen, daß es ihn jetzt erlangen könnte. Denn der Friede von heute würde ein erniedrigender Friede sein und kein Franzose kann ihn wünschen. (Langanhaltender Beifall auf allen Bänken.) Die Kammer beschloß den Anschlag der Rede Briands.

Etwas dunkel ist die Stelle von dem „Preis feindlicher Milliarden für den sofortigen Frieden“. Will er dadurch die Franzosen glauben machen, es sei ein Angebot von Kriegsentschädigung gemacht worden? Oder war es nur eine Phrase, gebraucht, um die unmittelbar folgende Erklärung der Fortsetzung des Krieges bis zum Sieg einzuleiten?

Nach neueren Nachrichten über die Rede des sozialistischen Abgeordneten Cosnadau sagte dieser: Krankhafter Ehrgeiz einzelner Personen fordert von uns solch furchtbare Opfer. Fünf Millionen Franzosen mußten daran glauben, 60 Milliarden wurden verschlungen. Der Bauernstand ist von den schwersten Heimsuchungen betroffen. Ein großer Teil des Vaterlandes ist zur Wüstenei geworden. Wie lange noch soll dieser qualvolle Zustand fortdauern? Hoffentlich nicht bis zur tragischen Vernichtung.

Dieser letzteren Auffassung stimmt wohl jeder vernünftige Mensch zu. Irgend etwas muß geschehen, um diesem grauenvollen Menschenschlachten ein baldiges Ende zu bereiten. Ueber die Möglichkeit einer Verständigung der Kriegführenden wird sich auch, wie bereits gestern berichtet, die nordische Ministerkonferenz beschäftigen. „Afton Tidningen“ sagt hierzu: Die Aufgaben, die den skandinavischen Ministern vorliegen, zerfallen in folgende drei Gruppen: Die Frage der Aufrechterhaltung der Neutralität, die Möglichkeiten für die Friedensvermittlung und die Schritte zu einer gemeinsamen und einflußreichen Teilnahme an dem endgültigen Friedensschluß. Etwas muß versucht werden, um den Friedensschluß herbeizuführen. Wer anders als die neutralen Länder soll es tun? Ein derartiges gemeinsames Vorgehen muß baldigst vorbereitet werden, damit die neutralen Länder nicht dazu kommen, in mehr oder weniger hohem Maße die Kriegskosten zu bezahlen. Eine Katastrophe auf irgend einem Punkte kann den Frieden ebenso plötzlich bringen wie den Krieg. Es gilt für uns, stets bereit zu sein.

*

Die Kriegslage.

WTB. Wien, 20. September. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front gegen Rumänien.

Die Rumänen wurden südöstlich von Haiszeg (Hátszeg) vollständig vertrieben; Petroseny und der Szurduk-Paß sind wieder in unserem Besitz.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl.

In den Karpathen setzte der Gegner seine Angriffe mit großer Zähigkeit fort. Südlich des Gebirgs Luczina und südlich von Kirlibaba errang er örtliche Vorteile. Sonst schlugen wir ihn überall zurück.

Südlich von Lipnica Dolna versuchte der Feind vergeblich den Fortschreiten des deutschen Gegenangriffs durch Massenstöße entgegenzuarbeiten.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold v. Bayern.

Bei der Armee des Generaloberften von Terszytyanszky wurden insgesamt russische Angriffsversuche im Keime erstickt. Abends trieb der Feind zwischen Batkowica und Szelwow tiefgegliederte Massen gegen die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen des Generals von der Marwitz vor. Sie wurden überall geworfen. Heute früh erneuerten die Russen ihre Anstürme. Es gelang ihnen, bei Szelwow an einzelnen Stellen in unsere Gräben einzudringen. Nach einsetzende Gegenangriffe zwangen den Feind aber wieder zum Weichen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Das italienische Geschützfeuer gegen die Karst-Hochfläche war zeitweise wieder sehr lebhaft. Angriffsversuche der feindlichen Infanterie kamen dank unserer Artilleriewirkung nicht zur Entwicklung. Wie nun feststeht, standen die Verteidiger der Hochfläche in dem vierfägigen schweren Kampf 29 Infanteriebrigaden, einer Kavalleriedivision und etwa 15 Bersaglieri-Bataillonen gegenüber.

Im Fleimser Abschnitt griffen die Italiener unsere Stellungen auf dem Cauriol und am Maje-Bach an. Sie wurden nach heftigen bis Mitternacht währenden Kampf unter großen Verlusten vollständig zurückgeworfen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Gegen Frankreich und Belgien.

Französischer Bericht

vom 19. September, nachmittags: An der Somme-Front behinderte das schlechte Wetter die Operationen. Nachts machten wir einige Fortschritte östlich von Berny und brachten Gefangene ein. In der Champagne nahm das deutsche Bombardement unserer Stellung östlich und westlich der Straße Souain—Somme-Py an Stärke zu. Später am Abend folgten mehrere deutsche Angriffsversuche, besonders im letzteren Abschnitt, wo zwei aufeinander folgende Angriffe unternommen wurden. Ueberall hielt das Sperr- und Maschinengewehrfeuer die Stürmenden an, indem es ihnen schwere Verluste zufügte. Einige Gefangene blieben in unserer Hand. Auf dem linken Maasufer scheiterte ein deutscher Handstreich auf die gestern von uns eroberten Schützengräben an den Südabhängen des „Toten Mannes“ vollständig. Westlich von Pont-à-Mousson wurde eine deutsche Abteilung, die sich unseren Stellungen bei [illegible] zu nähern versuchte, durch Gewehrfeuer zersprengt. Orient-Armee: An der Struma-Front keine Veränderung. Am Fuß der Belez-Berge kämpften die Italiener den Bulgaren in Storaj lebhafte Kämpfe. An der serbischen Front [illegible] Geschützfeuer [illegible]. Zwei bulgarische Gegenangriffe im Abschnitt [illegible] wurden durch serbisches Geschützfeuer zurückgeschlagen. Auf dem linken Flügel versuchte der Feind keine Gegenaktion in Richtung Florina.

Abendbericht: Schlechtes Wetter hinderte die Kampfhandlungen auf dem größten Teil der Front. Es ist nichts zu melden, außer bedeutender Artillerietätigkeit auf den beiden Somme-Ufern und auf dem rechten Maas-Ufer im Abschnitt von Fleury, Vaux und Chapitre-Wald.

*

Britischer Heeresbericht

vom 19. September: Die allgemeine Lage ist unverändert. Südlich der Ancre herrscht beträchtliche Tätigkeit. Ein örtlicher Angriff auf unsere Schützengräben östlich von Martinpuich wurde leicht abgewiesen. Ein feindlicher Ballon wurde bei Rensart durch Geschützfeuer niedergeholt. In der Nachbarschaft des Hügels 60 wurde ein feindliches Munitionslager durch unser Feuer zur Explosion gebracht.

Gegen Rußland.

Russischer Bericht

vom 19. September, nachmittags: Westfront: In der Gegend Wladimir Wolhynsk bei Dubno griff der Feind eins unserer vorgeschobenen Kommandos an; wir wiesen den Angriff mit Maschinengewehren ab. Zehn Ueberlebende eines Schützenkommandos unter dem Feldwebel Ratuschny machten einen Gegenangriff auf die Deutschen, machten eine Anzahl mit dem Bajonett nieder, nahmen einen Mann gefangen und zerstreuten die andern. Ratuschny ist schwer verwundet. In der Gegend westlich von Brody griffen Aufklärungsabteilungen der Jäger nachts ohne Schuß einen feindlichen Vorposten an, töteten 20 Mann im Bajonettkampf und nahmen eine Offizier und 12 Mann gefangen. In der Gegend des Narajowka-Flusses werden die erbitterten Kämpfe fortgesetzt. Wir wiesen alle Angriffe des Feindes mit großen Verlusten für ihn zurück. In diesen Kämpfen vom 19. September wurde der tapfere Regimentskommandeur Gubin und Oberstleutnant Semitschew getötet. In den Karpathen besetzten wir in der Gegend Szybeny (18,5 Kilometer südwestlich Zabre) und am Pnewie-Berge (30 Kilometer nordöstlich Capul) mehrere Höhen. Die Gebirge sind mit dichtem Nebel bedeckt. Es herrscht Schneefall. — Kaukasusfront: Unsere vorgeschobenen Abteilungen besetzten nach Kampf gegen die Türken einen Punkt nahe der Brücke über den Falpantschay (?) nahe Kuridschon (?) nördlich Hamadan.

*

Skandal in der russischen Armeeversorgung.

Der „Kongreß der russischen Armeeversorgung“ endete mit einem Skandal. Der Vertreter des Ackerbauministers, Glinka, erklärte im Auftrage seines Ressorts, daß die von den Delegierten der Heeresversorgung geforderten 100 Millionen Pud Getreide im ganzen Lande nicht aufzubringen seien. Das Volk müßte selbst zugrunde gehen, wenn es solche Getreidemenge abgibt. Glinka warf der Heeresverwaltung vor, daß sie das Requisitionsrecht zu den gröbsten Spekulationen mißbrauche. Gut 40 Prozent des übernommenen Getreides wurde niemals zu Soldatenbrot ausgebacken. Es wanderte in die Pfandspeicher der Banken und tauchte später unter dem Schutz des Militärtransports irgendwo auf, wenn die Preise einen sinnlos hohen Satz erreichten. Eine Zurückhaltung im gegenwärtigen Umfange wäre unmöglich. Die Rede Glinkas verursachte tosenden Lärm. Ackerbauminister Graf Bobrinski verließ fluchtartig die Versammlung. Die Delegierten der Heeresverwaltung weigerten sich, mit Glinka weiter zu verhandeln. Durch den Generalstab wurde außerdem an allerhöchster Stelle eine Beschwerde eingereicht, die bewirkte, daß Glinka, der die Verhältnisse einmal offen dargestellt hatte, sofort seines Postens enthoben wurde.

Den Blättern zufolge kam es bei der russischen Armee im Kaukasus wegen Mangels an Lebensmitteln zu einer Meuterei, wobei mehrere Offiziere, darunter der Regimentskommandeur, getötet wurden.

Gegen England.

Englische Verluste und Soldatensorgen.

Die Verlustlisten vom 12. bis 18. September enthalten die Namen von 29 587 Mann und 1210 Offizieren. — Die „Daily Mail“ befürwortet die Vergrößerung der englischen Armee um mindestens eine Million. In einem Artikel wird bemerkt, daß die französischen Verluste viermal so groß seien wie die englischen und daß England bisher nicht wie Frankreich die ganze männliche Bevölkerung vom 17. bis zum 48. Lebensjahre mobilisiert habe. — Der Premierminister wird eine hauptsächlich aus Mitgliedern des Unterhauses bestehende Kommission ernennen, deren Aufgabe es sein wird, die Männer aus dem Staatsdienst auszusondern, die für den militärischen Dienst geeignet sind. — Die „Times“ schreibt: Unter den Hauptfragen, mit denen das Parlament sich befassen muß, ist die Zufuhr von frischen Mannschaften für die Armee. Es steht fest, daß es nur drei Wege gibt: Erhöhung des Militärpflichtalters auf 45 Jahre oder darüber, Ausdehnung der Dienstpflicht auf Irland und eine energische Ausziehung von jungen Leuten in den bisher vom Militärdienst befreiten Berufen.

Ferner meldet das Blatt aus Melbourne: Es ist seit Wochen bekannt, obwohl die Zeitungen strenges Stillschweigen wahren, daß Premierminister Hughes in der Frage der allgemeinen Wehrpflicht mit entschiedenen Oppositionen der Arbeiterpartei innerhalb und außerhalb des Parlaments zu kämpfen hat. Der Rücktritt des Handelsministers Tudor hängt damit zusammen. Die Mehrheit der Abgeordneten der Arbeiterpartei erklärte sich damit einverstanden, daß die Frage den Volksabstimmungen unterworfen werden soll, aber sie beabsichtigt zugleich, eine energische Agitation gegen die Einführung der Wehrpflicht zu unternehmen.

*

Zeppelin-Wirkungen.

Die Regierung ordnete an, daß bis zum Ende des Monats jede Beleuchtung von 7,30 Uhr abends an eingeschränkt wird. — In Edinburg sagte Lord Montagu in einer Rede, daß England sich nicht rühmen könne, daß es bei rund 120 Zeppelinen, die das Land heimgesucht haben, nur einen herunter holen konnte. Nach dem Kriege brauche England für seine Küstenverteidigung 20 000 Flugzeuge.

*

Verurteilte Belgier.

Von einem Londoner Polizeigericht wurden am 9. September drei Belgier, die sich ohne Erlaubnis aus den Munitionsfabriken entfernt hatten und England verlassen wollten, zu je 4 Monaten Zuchthaus verurteilt. Ein Angestellter des Schiffes, auf dem die Belgier fahren wollten, der Geld von ihnen angenommen hatte, wurde zu 6 Monaten und zwei Heizer, welche geholfen hatten, zu 2 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Gegen Italien.

Italienischer Heeresbericht

vom 19. September: Gestern überwog die Artillerietätigkeit. Die feindliche Artillerie war sehr tätig gegen unsere Stellungen auf der Zugna im Lagarina-Tal und östlich des Maso-Baches. Im Sugana-Tal wurde auf der Seite des Gegners ein ausgedehnter Gebrauch von Granaten festgestellt, die erstickende Gase erzeugen. Wir konnten die Wirkung unschädlich machen. Unsere Artillerie beschoß die feindlichen Stellungen nordöstlich des Cauriol (Travignolo-Tal) und im Travenanzes-Tal (Boite). Sie beschoß [illegible] im Dona-Tal. Geringe Infanterietätigkeit auf den Abhängen des Monte Zebio (Hochfläche von Schlegen), worauf wir einen Angriffsversuch zurückschlugen, und im Travenanzes-Tal, wo eine unserer Gruppen sich eines feindlichen Unterstandes bemächtigte, Bombenwerfer, Waffen und Munition erbeutete. Auf dem Karst schlugen wir in der Nacht zum 18. September einen heftigen feindlichen Angriff gegen die von uns am Tage auf der Höhe 114 nordöstlich von Monfalcone genommenen Stellungen ab. Unsere Truppen sind eifrig beschäftigt, die erreichten Linien zu verstärken und zu erweitern. Auf der ganzen Front von der Wippach bis zum Meer dauert der Artilleriekampf an. Ein feindliches Flugzeug warf Bomben in das Vanoi-Tal (Cismon-Bach und Bren-Tal) in der Nähe eines Hospitals des Roten Kreuzes, das deutlich das Neutralitätsabzeichen trug. Es sind keine Opfer zu beklagen.

Der Balkankrieg.

Rumänischer Bericht

vom 19. September: Nord- und Nordwestfront: An der ganzen Front Kämpfe von geringerer Bedeutung, außer am Streiu-Tal, wo uns der Feind mit überlegenen Kräften angriff und uns zwang, ein wenig zurückzugehen. Südfront: Längs der Donau Gewehrfeuer. In der Dobrudscha griff der Feind in der Nacht zum 18. September zweimal in Richtung auf Eniga an; er wurde aber zurückgeworfen. Der Kampf dauert an.

*

Die Sozialistenverfolgungen in Rumänien

halten an. Bisher wurden insgesamt 36 Vertrauensleute der Sozialistenpartei verhaftet; man beschuldigt sie, daß sie die Bevölkerung zum Aufruhr und zur Wehrpflichtverweigerung aufgefordert hätten. An verschiedenen Stellen von Bukarest waren rote Zettel nächtlicher Weile angeschlagen, in denen das Proletariat zum Widerstand gegen die Einberufung aufgefordert wurde. In diesen Anschlägen heißt es, die verbrecherische Regierung besteht aus bestochenen und größenwahnsinnigen Politikern, die von der zaristischen Regierung am Gängelbande geführt werde. Der König diene nur der geld- und machthungrigen Bojarenklasse, welche das arbeitsame rumänische Volk als Kanonenfutter benutzen wolle.

*

Ein neuer russischer Oberbefehlshaber in der Dobrudscha.

Der russische General Zaintchitrowsky übernahm den Oberbefehl über die russisch-rumänische Armee in der Dobrudscha.

*

Straßenkämpfe in Saloniki?

Die „Neue Freie Presse“ schreibt, daß die Agentur Radio von blutigen Straßenkämpfen in Saloniki zwischen den Truppen der dortigen 11. griechischen Division und dem kretischen Gendarmeriekorps berichtet.

Der „Secolo“ meldet: Die Zahl der unter dem Befehl des Generals Christodulos stehenden griechischen Truppen, die sich mit den Alliierten vereinigt haben, beläuft sich auf 20 000 (?) Mann. Die Truppen sind mit Artillerie ausgerüstet. General Sarrail hat ihnen als Kampffeld den Drumaabschnitt zugewiesen.

Der Seekrieg.

Meeresopfer.

Die britischen Dampfer „Dewa“ (3802 Tonnen) und „Lord Tredegar“ (3856 Tonnen) wurden versenkt. — Die Versenkung des größten norwegischen Frachtdampfers von 13 000 Tonnen, der „Elisabeth 4“ wird bestätigt. Das Schiff wurde am 8. September von einem österreichisch-ungarischen Tauchboot auf der Fahrt von Java nach England im Mittelmeer angehalten. Da das Schiff Bannware im Wert von vielen Millionen trug, mußte der Tauchboot-Kommandant, nach Durchsicht der Papiere und Unterbringung der Mannschaft in den Rettungsbooten, dieses neue wertvolle Schiff versenken, dessen Kapitän und Mannschaft wohlbehalten gelandet sind. — Die Besatzung des Bergener Dampfers „Lyderhorn“, der in der Bucht von Biscaya von einem deutschen Unterseeboot versenkt wurde, ist in Bergen eingetroffen und berichtet, das Unterseeboot versenkte am gleichen Tage noch ein französisches Segelschiff und einen spanischen Dampfer.

Die Kämpfe im Orient.

Türkischer Heeresbericht

vom 19. September. An der Felahie-Front haben wir feindliche Batterien wirksam bekämpft und ein feindliches Munitionslager in die Luft fliegen lassen. Feindliches schweres Artilleriefeuer blieb wirkungslos, obwohl es durch Flugzeugbeobachtung geleitet wurde. Wir warfen eine feindliche Abteilung, die auf das Gebiet von Censaye kam, in die Ausgangsstellung zurück. An der persischen Front warfen wir am 18. September eine Schwadron feindlicher Kavallerie, die sich dem Dorfe Hazine, 35 Kilometer nördlich von Devlet Abad, näherte, zurück. Feindliche Erkundungsabteilungen, die sich unseren Vorposten näherten, wurden in die Ausgangsstellungen zurückgeworfen. Durch einen überraschenden Angriff zerstreuten wir eine feindliche Schwadron, die in der Gegend vom Hassur-Kopf lag. Wir warfen den Feind, der in die Ortschaft Kereszi, 80 Kilometer östlich von Bidgjar, eingedrungen war, hinaus und besetzten die genannte Ortschaft. Aus übereinstimmenden Gefangenenaussagen geht hervor, daß in den vorhergehenden Kämpfen von Essad und Hamadan die Russen ungefähr 8000 Mann verloren haben und daß eines ihrer Geschütze und eines ihrer Automobile zerstört wurden. An der Kaukasus-Front Scharmützel. Eine Räuberbande, die von unseren Feinden gebildet worden war, und unter ihrem Schutze stand, landete am Ufer bei Fenike und wurde mit Verlusten für sie verjagt. Fünf Frauen und dreizehn Männer der friedlichen Bevölkerung wurden getötet und sieben andere verwundet. Der Angriff, den wir gegen Kanli Ada, südlich von Ipli Burun, ausführten, war ebenso wie der gegen Djiblak Ada (westlich von Aivali) von Erfolg gekrönt. Wir brachten drei fliehende feindliche Segler durch unser Artilleriefeuer zum Sinken, nahmen einige Gewehre und machten Beute.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Neuer Fliegerangriff an der flandrischen Küste.

WTB. Berlin, 20. September. (Amtlich.) Deutsche Seeflugzeuge griffen am 19. September nachmittags wiederum die vor der flandrischen Küste stehenden feindlichen Streitkräfte mit Bomben an und erzielten auf einem Zerstörer einwandsfrei mehrere Treffer.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Das 4. griechische Armeekorps in Görlitz.

Nach Berliner Meldungen ist als Unterkunftsort für das vierte griechische Armeekorps, dessen Ueberführung nach Deutschland bekanntlich angeordnet wurde, Görlitz bestimmt worden. Die Mannschaft, etwa 6000 Mann, wird in dem besonders eingerichteten Lager an der Neuen Kaserne untergebracht. Die Offiziere, etwa 400, werden in der Stadt in möblierten Zimmern und Gasthöfen untergebracht. Sie können sich, ebenso wie die Mannschaften, in der Stadt frei bewegen. Eine größere Empfangsfeier ist in Aussicht genommen.

•

Englische Einmischung in China.

Der englische Gesandte in Peking überreichte der chinesischen Regierung anläßlich der inneren Unruhen eine Note, in der die Wiederherstellung vollständiger Ordnung in Kanton verlangt wird. Anderenfalls würden englische Truppen nach Kanton übergeführt und Kanton für neutral erklärt werden.

•

Beschlagnahmte Post.

Die dänische Generalpostdirektion meldet, daß vom Amerika-Dampfer „Frederik VIII." auf der Reise von Neuyork nach Kopenhagen, bei der Durchsuchung in Kirkwall die gesamte Brief- und Paketpost beschlagnahmt wurde.

•

Einspruch der Suez-Kanal-Gesellschaft.

Die Suez-Kanal-Gesellschaft hat dem „Manchester Guardian" mitgeteilt, daß es den Bedingungen ihrer Konzessionen widersprechen würde, deutsche und österreichisch-ungarische Schiffe 10 Jahre lang nach dem Kriege von der Benutzung des Kanals auszuschließen.

•

Zum Kapitel Gefangenenbehandlung.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus besprach Lehel Hedervary (Oppositionell) die Lage der ungarischen Internierten in den feindlichen Staaten und verwies darauf, daß die in Waitzen internierten Engländer sich ganz ungestört zu den Wiener Wettrennen begeben, während die Ungarn in England schlecht behandelt werden und in Frankreich in Kasematten schmachten. — Redner ergriff die Gelegenheit, an die Schweiz öffentlich den Dank auszusprechen für den Edelmut und die Menschenfreundlichkeit. Fürsorge, welche sie bei der Abwicklung des Gefangenenaustausches bewiesen habe.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 21. Septbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern.

Nördlich der Somme spielten sich bei Courcelette fortgesetzt Handgranatenkämpfe ab. Feindliche Teilangriffe wurden bei Flers, westlich von Lesboeufs und nördlich von Combles abgeschlagen. Südwestlich von Rancourt ging bei Bouchavasnes von unseren Truppen im Angriff genommener Boden nach erbittertem Kampfe wieder verloren. Südlich von Rancourt behaupteten wir gewonnene Gräben.

Front des Deutschen Kronprinzen.

Rechts der Maas wurden bei gesteigerter Artillerietätigkeit feindliche Angriffe im Abschnitt Thiaumont-Fleury abgeschlagen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold v. Bayern.

Westlich von Luck setzte die russische Garde zusammen mit andern Sturmkräften die Angriffe gegen die Truppen des Generals von der Marwitz fort. Bei Korytnica ist der Kampf noch nicht abgeschlossen. Im übrigen ist auf der 20 Kilometer breiten Front der oft wiederholte Ansturm vollkommen und unter abermals blutigsten Verlusten gescheitert.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl.

Der Kampf an der Narajowka wird erfolgreich fortgesetzt. In den Karpathen hat auch gestern der Feind seine heftigen Angriffe wiederholt. Abgesehen von örtlichen Erfolgen in der Gegend des Pantyr-Passes und im Tatarca-Abschnitt (nordöstlich von Kirli-Baba) ist er überall unter schweren Verlusten abgeschlagen. An der Baba-Ludowa stürmte er siebenmal gegen unsere Stellung an. Jäger verschiedener deutscher Stämme unter Führung des Generalmajors Boeß hatten hervorragenden Anteil an der siegreichen Abwehr.

Die am 19. in Feindeshand gefallene Kuppe Smotrec wurde im Sturm wieder gewonnen.

Kriegsschauplatz in Siebenbürgen.

Die Grenzhöhen beiderseits des Vulkan-Passes sind von uns besetzt.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Der Kampf in der Dobrudscha ist zum Stehen gekommen.

Mazedonische Front.

Bei sehr erfolgreichen bulgarischen Angriffen in der Gegend von Florina erlitten die Franzosen beträchtliche Verluste. Bulgarische Kavallerie attackierte und zersprengte östlich der Stadt die weichende feindliche Infanterie. Es wurden zahlreiche Gefangene gemacht und einige Maschinengewehre erbeutet. Bei Kajmakcalan und an der Moglena-Front sind mehrfache serbische Angriffe abgeschlagen.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 21. September.

Mit dem Pappkarton in der Hand.

Nie ist der Pappkarton beim Durchschnittsmenschen so zu Ehren gekommen wie in dieser Zeit. Seit vielen Monaten sieht man in gewissen Zeitabständen immer wieder Männer der verschiedensten Altersklassen durch die Straßen der Stadt wandern — „mit dem Karton in der Hand, für's Vaterland". Der künftige Geschichtsschreiber, der die Geschichte dieses merkwürdigsten und furchtbarsten aller Kriege einmal schreiben wird, kann wohl kaum an der Erwähnung des Pappkartons vorübergehen — sollte man meinen dürfen. Dieses Requisit unserer meisten Krieger — ob nun hoch zu Roß oder „Schippschipp" — ist durchaus keine gleichgültige Begleiterscheinung des Krieges geworden, umfaßt er doch mit seinen Bauchwänden so ziemlich alles, was nötig ist, um einen Kriegsmann warm, reinlich und bei guter Laune zu erhalten. Und das letztere besonders ist bedeutsam. Wenn so ein Ausziehender sich von Mutterns Hand wohlversorgt weiß, so ist er in besserer Stimmung, als der, dem das Glück nicht so hold war, sei es, daß keine liebende Hand für ihn sorgt oder daß ihm die Mittel fehlen. Jedenfalls bergen die Papphüllen, die in mancherlei Größen und Formen ihrem Ziele zugeführt werden, Werte materieller Natur, und so gut wie Zola den „Bauch von Paris" schrieb, könnte ein Zunftgenossen des großen Romanciers heute den „Bauch des Pappkartons" schreiben. Es würde gar nicht so uninteressant werden. Freilich, dankbaren Stoff gäbe auch der ideelle Inhalt des Kartons. Alle die warmen, schützenden oder sonst für die Annehmlichkeiten des Lebens so notwendigen Dinge, die so nichtig sind, so lange man sie hat, und so fühlbar wertvoll, wenn man sie entbehren muß, im Leib des Kartons sind sie enthalten, mit Liebe und zarter Fürsorge gekauft, hergestellt und eingepackt. Ist es nicht die Mutter oder Frau, so sind es andere, die da mithelfen, wenn aus ihrem Kreis ein männlicher Genosse fortgerufen wird in eine ungewisse Zukunft. Und dann erst die Bräute, die blonden und die braunen Mädchen, die für ihn, den Herzallerliebsten sorgen mit einer Inbrunst, wie sie meist nur diese Jahre und Zeiten zu bieten haben. Ihre ganze heiße Liebe packen sie in den Karton hinein — ach, es ist wohl zu viel gesagt, wenn man sagt, die ganze Liebe, denn, „wie schlöff' ein Raum, so eng und klein, die Liebe eines Mädchens ein?" Einen starken Prozentsatz verstauen sie darin, auf daß der Scheidende oder Geschiedene versorgt sei und ihrer gedenke. Und das tun sie. Jedenfalls hat der Karton sein möglichstes getan in diesem Kriege und tut's noch, und wenn man einmal Kriegserinnerungen sammelt, so sollte der Karton nicht fehlen. Er war mit dabei und blieb doch immer still und bescheiden, und könnte darum vielen andern, die nicht dabei waren und sind, ein gutes Beispiel sein.

Ein Tausend-Mark-Geschenk an den Sozialdemokratischen Verein. Von einem ungenannt sein wollenden Spender, dem das Wohl und die Einigung der Sozialdem. Partei am Herzen liegt, wurde uns heute vormittag in der Redaktion des „Lübecker Volksboten" ein Tausend-Mark-Schein für Agitationszwecke übermittelt. Der Sozialdemokratische Verein Lübeck dankt für diese Spende mit der Versicherung, sie im besten Sinne des Gebers zu verwenden.

Der Bürgerausschuß befürwortete in seiner gestrigen Sitzung den Senatsantrag auf Erhöhung des Staatszuschusses um 6000 Mark zur Bestreitung der Ausgaben aus der Beamtenunterstützungskasse im Rechnungsjahr 1916. Dann erfolgte die Besprechung des Senatsdekretes vom 26. August d. J., betreffend die Vorarbeitung für das Kaiser-Wilhelm-Volkshaus. Dazu lag folgender Antrag Dr. Benda vor: „Der Bürgerausschuß spricht die Erwartung aus, daß das Holstentor dem Kaiser-Wilhelm-Volkshause nicht baulich angegliedert wird, und daß durch den Bau des Volkshauses der Ausblick auf die Marienkirche, den man gegenwärtig vom Platze zwischen dem ehemaligen Bahnhofsgebäude und dem Holstentore aus hat, nicht beeinträchtigt werden wird". Der Vorsitzende des Ausschusses, Senator Dr. Bermehren, gab die Erklärung ab, daß der Senat und die Bürgerschaft vor der endgültigen Genehmigung des Bauplanes durch den Ausschuß Gelegenheit haben würden, von dem Bauplan nebst Modell Kenntnis zu nehmen und sich dazu zu äußern. Dr. Benda zog hierauf seinen Antrag zurück.

Eine Erhöhung der Hundesteuer beabsichtigt der Senat hier vorzunehmen. Den Bürgerausschuß beschäftigte gestern eine Vorlage, in welcher die Steuer auf 25 Mark für einen Hund, der von einem Bewohner der Stadt Lübeck oder deren Vorstädte, mit Ausnahme der eingemeindeten Gebiete gehalten wird; für einen Hund, der von einem Bewohner des übrigen Staatsgebiets gehalten wird, 10 Mark, für jeden weiteren Hund erhöht sich die Steuer in Stadt und Vorstädten um je 10 Mark, so daß für den zweiten Hund 35 Mark, für den dritten 45 Mark zu zahlen sind; im übrigen Staatsgebiet sind für jeden weiteren Hund 5 Mk. mehr zu zahlen. Schon einmal, im Jahre 1913, beschäftigte sich die Bürgerschaft mit der gleichen Angelegenheit. Damals wurde der Senatsantrag so verändert, daß der Senat dem Bürgerschaftsbeschlusse nicht beitrat. Jetzt bezieht der Senat sich auf seine s. Zt. geltend gemachten Gründe und betont außerdem, daß eine Verminderung des Hundebestandes auch vom Standpunkt der Volksernährung zu begrüßen sei. Der Bürgerausschuß verwies die Senatsvorlage an eine Kommission.

Der Höchstpreis für Kartoffeln ist von heute bis auf weiteres auf 6 Pfg. für das Pfund festgesetzt. Ueberschreitungen dieses Höchstpreises werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. bestraft.

30 000 Mark Entschädigung für Verunreinigung des Travewassers. Das Lübecker Hochofenwerk hat an die Schlutuper Fischereigenossenschaft eine Entschädigung von 30 000 Mark zahlen müssen, weil die von dem Hochofenwerk in die Trave abgelassenen giftigen Abwässer es in jedem Frühjahr und Herbst mit sich brachten, daß ein allgemeines Fischsterben eintrat, namentlich richteten die Abwässer unter den von der Ostsee heranziehenden Heringszügen große Verheerungen an. Außerdem hat sich das Hochofenwerk verpflichtet, eine Kläranlage zwecks Verhinderung der Wasserverpestung anzulegen. — So berichten eine Reihe auswärtiger Blätter.

Kriegsbilderwoche. Man schreibt uns: Die Nachfrage nach den Bilderbogen ist eine so rege, daß die erste Sendung vollständig vergriffen ist. Durch Eilgutbestellung ist es aber möglich, allen Anforderungen zu genügen. Die Interessenten werden gebeten, die Bogen in den nächsten Tagen Breitestraße 99 in Empfang zu nehmen. Der Lübecker Ausschuß bittet bei dem Hausverkauf den Sammlern dasselbe Wohlwollen zu beweisen, wie es den Verkäufern in der Geschäftsstelle gezeigt worden ist.

pb. **Gestohlene Ringe.** Aus der Flügelwohnung eines Hauses in der Beckergrube sind am Sonntag dem 17., oder Dienstag dem 19. ds. Mts. sechs goldene Ringe und ein Granatschmuck bestehend aus einer Brosche und einer Kette mit Anhängsel gestohlen worden. Die Ringe werden wie folgt beschrieben: ein goldener Ring mit verschlungenen Schlaufen, letztere sind mit je einem Brillanten besetzt; ein schlichter goldener Ring besetzt mit drei grünen Smaragden, um die Steine sind kleine Brillanten befestigt; ein schmaler goldener Ring mit großer länglicher Verzierung, diese ist mit roten Steinen und kleinen Perlen besetzt; ein besonders schwerer goldener Ring besetzt mit einem großen grünen Stein, der Ring ist M. O. 1891 graviert; ein anderer ebensolcher aber kleinerer Ring trägt die Gravierung A. E. 1891; ein kleiner goldener Ring mit kleinem hochstehenden in Platin gefaßten Diamant. Die Glieder der Granatkette tragen Rosenform. Das Anhängsel stellt Kirschen und Blätter dar.

pb. **Ermittelt und festgenommen** wurde der Betrüger, der sich hier in den letzten Tagen auf mehreren Stellen ein Logis gemietet und seine Logiswirte um größere Geldbeträge geprellt hatte, weil er diesen vorschwindelte, er wäre ein Steuermann eines im hiesigen Hafen liegenden Schiffes und wäre als solcher in der Lage, Lebensmittel wie Mehl usw. für seine Logiswirte kaufen zu können. Heute entpuppte sich der Betrüger als der bereits mehrfach u. a. mit Zuchthaus vorbestrafte Matrose Claus Heinsohn aus Geversdorf. Der Festgenommene wird auch seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Vergehens gegen die Seemannsordnung steckbrieflich verfolgt. — **Festgenommen wurde** ein russisch-polnischer Arbeiter, der mehrere Schränke seiner Arbeitskollegen aufgebrochen und aus diesen Nahrungsmittel und Geld gestohlen hatte.

pb. **Kellerdiebe.** Einem in der Kronsforder Allee wohnhaften Kaufmann sind in den letzten Nächten 10 Zentner Koks, 1½ Zentner Hafer, ein Sack Zwiebeln, ein Sack Kartoffeln, 28 Pfund Mais und zwei Kaninchen aus seinem Lagerschuppen gestohlen worden.

pb. **Erwischter Einbrecher.** Ermittelt und festgenommen wurde ein 22jähriger hiesiger Gelegenheitsarbeiter, der sich in letzter Zeit verschiedene Straftaten zuschulden kommen lassen hat, u. a. konnte ihm nachgewiesen werden, daß er in der Nacht zum 31. vor. Mts. einen Einbruchsdiebstahl in dem Bootshause des Seglervereins Lubeca bei der Herrenbrücke ausgeführt hat. Ferner hat der Festgenommene in der Nacht zum 11. ds. Mts. den Schaukasten eines in der Breiten Straße befindlichen Schuhwarengeschäfts erbrochen und aus demselben 10 Paar Stiefel im Werte von zusammen 250 Mk. gestohlen. In der Nacht zum 15. ds. Mts. stahl er einem hiesigen Hauswirt eine wertvolle goldene Uhr mit Kette und eine größere Summe Geldes. Der geständige Täter setzte das Diebesgut bei Hehlern ab, deren alsbaldige Festnahme erfolgen dürfte.

Eutin. Bootsunfall auf dem Kellersee. Zum zweiten Male in diesem Jahre wäre der Kellersee fast wieder der Schauplatz eines Bootsunglücks geworden, wenn nicht der in Sielbeck auf Urlaub weilende Gefreite R. Schröder das Kentern des Bootes beobachtet hätte. Er ruderte mit seinem Vater mit äußerster Kraftanstrengung der Unfallstelle zu und befreite die Insassen, einen Marineoffizier mit seiner Frau, aus ihrer unglücklichen Lage. Es war wieder dasselbe Segelboot, mit dem am Pfingstsonntag vier junge Menschen verunglückten.

Hamburg. Kriegsgewinne einer Seefischhandels-Gesellschaft. Die Deutsche Seefischhandels-Akt.-Ges. in Hamburg erzielte im Geschäftsjahre 1915/16 einen Rohgewinn, der die Höhe ihres Gesellschaftsvermögens übersteigt. Er stellt sich auf 696 334 Mk., während das Aktienkapital nur 600 000 Mk. beträgt. Nach Abzug der Unkosten, Steuern usw. einschließlich Rückstellung für Kriegsgewinnsteuer von 379 769 Mk. und Abschreibungen von 46 080 Mk. stellt sich der Reingewinn auf 270 485 Mk. Die Dividende wird mit 20 Prozent vorgeschlagen. Die Tatieme erhöht sich von 6014 Mark im Vorjahre auf 21 654 Mk. Dem Reservefonds werden 20 000 Mk. überwiesen, 30 000 Mk. für Ausfälle auf Delkredere-Konto und 50 000 Mk. für Zweiggeschäftsgrundstücke zurückgestellt. Auf neue Rechnung kommen 28 831 Mk. Die Bilanz weist u. a. aus: Gebäude, Grundstücke und Inventar 504 703 Mk., Beteiligungen 501 Mk., Kasse 4502 Mk., Wertpapiere 98 025 Mk., Debitoren 3 710 540 Mk. (im Vorjahr 671 201 Mk.), Vermögen der Zweiggeschäfte 472 372 Mk. (im Vorjahr 26 139 Mk.), Vorräte 39 285 Mk. Demgegenüber betragen u. a. Aktienkapital 600 000 Mk., Reservefonds 60 000 Mk., Rückstellung für Zweiggeschäfts-Grundstücke 130 000 Mk., Kreditoren 4 171 251 Mk. (389 883 Mk.). Das Aktienkapital soll von 600 000 Mk. auf 1 000 000 Mk. erhöht werden. — Und da wundert man sich über teure Fischpreise!

Hamburg. Schnell erwischt wurde der Eisendreher Petersen aus Kiel, der seinem Schwager, einem Schlachtermeister aus Lokstedt, 16 900 Mk. aus einem verschlossenen Kleiderschrank entwendet hat. Er machte sich dadurch verdächtig, daß er, der in St. Pauli Wohnung genommen hatte, sich den Bart abnehmen ließ und Frauenkleider beschaffen wollte. Die ganze Summe und noch 200 Mk. mehr konnten dem Diebe abgenommen werden. — Selbst gestellt hat sich der Polizei ein Kontorbote, der seinem Prinzipal im Hammerbrook 4200 Mark unterschlagen hatte. 100 Mark wurden noch bei ihm vorgefunden. Das ganze Geld hat er in leichtsinniger Weise auf St. Pauli durchgebracht.

Altona. Ein Nahrungsmittelfälscher. Vor einigen Monaten berichteten wir von der Verurteilung eines Händlers Thießen, der am Schulterblatt Fabrikation und Vertrieb von sogenannten Bouillon- und Suppenwürfeln eingerichtet hatte und durch die Herstellung minderwertigen Zeugs mit dem Nahrungsmittelgesetz in Konflikt gekommen war. Jetzt stand Thießen schon wieder vor dem Schöffenrichter und zwar in einer ganz ähnlichen Angelegenheit. Wieder hatte er Bouillon- und Suppenwürfel hergestellt und in den Handel gebracht, die nicht im entferntesten den Anforderungen, die man billigerweise stellen darf, entsprachen. Chemiker Dr. Bohm vom städtischen Untersuchungsamt sagte als Sachverständiger aus, daß die sogenannten Bouillon- und Suppenwürfel fast nichts als Salz enthalten hätten und daß der Preis im argen Mißverhältnis zu ihrem tatsächlichen Wert gestanden habe. Zu seiner Entschuldigung stammelte Herr Thießen etwas von den Beschlüssen eines Kongresses, der in Lemberg getagt haben und auf dem die Meinung vertreten worden sein soll, daß Bouillonwürfel 65 %, Suppenwürfel 70—75 % Salz enthalten dürften. Aber die angeblichen Lemberger Kongreßbeschlüsse fanden nicht die Billigung des Altonaer Gerichts, denn Thießen wurde zu einem Monat Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Eckernförde. Er kennt seine Pappenheimer. Der Landrat des Kreises Eckernförde sieht sich veranlaßt, die Landwirte seines Kreises dringend zur genauen Angabe des geernteten Korns aufzufordern. Er weist darauf hin, daß bereits dreißig Landwirte wegen Brotkorn-, Gerste- und Haferverfütterung sowie Zuwiderhandlungen gegen die bestehende Gesetze gerichtlich bestraft worden sind, und erklärt, wenn die Ueberschreitungen weiterhin vorkommen, werde er die Namen der Bestraften veröffentlichen.

Flensburg. Kriegsunterstützungen im Betrage bis zu 5 250 000 Mk. hatten die städtischen Kollegien bisher bewilligt. Eine weitere Million ist jetzt bewilligt worden. Für die Ermöglichung von Milch für Säuglinge und Kranke zu ermäßigtem Preise war im Dezember für städtische Beihilfen 5000 Mk. bewilligt worden. Um diese Maßregel weiter durchzuführen, ist eine städtische Beihilfe von 1500 Mk. monatlich erforderlich. Es wurde deshalb der Betrag von 16 000 Mk. nachbewilligt.

Hadersleben. 2500 Mark Geldstrafe erhielt der Hofbesitzer Bolwig aus Sperdrup. Er hatte im vorigen Jahre kein Getreide abgeliefert und falsche Bestandsangaben gemacht. Die Verhandlung ergab, daß er gegen hundert Zentner zu viel verbraucht hatte. B. hatte an seine Schweine Weizen verfüttert.

Wilster. Kein Wurstmangel. Eine nach Hamburg bestimmte Sendung, die in fünf Kisten angeblich Maschinenteile vom Brückenbau bei Hochdonn enthielt, fiel durch Rauchgeruch auf. Man öffnete die Kisten, und zum Vorschein kamen gegen neunhundert Pfund Wurst, die in Itzehoe gekauft waren.

Bremen. Eine neue Fünf-Millionenforderung für die Kriegshilfe. Der Senat und die Kriegsdeputation haben bei der Bürgerschaft den Antrag auf Gewährung eines neuen Kredits von fünf Millionen für die Durchführung der Kriegsmaßnahmen gestellt. Seit Beginn des Krieges hat Bremen dafür 16 Millionen aufgewendet. Die Ausgaben für die Unterstützung der Kriegerfamilien belaufen sich monatlich auf 600 000 Mark.

Bremerhaven. Gemeinsames Lebensmittelamt für die Unterweserorte. Die Leiter der drei wirtschaftlich eng zusammenhängenden Städte Bremerhaven, Geestemünde und Lehe haben sich dahin verständigt, auch in ihrer wirtschaftlichen Versorgung Hand in Hand zu arbeiten. Zu diesem Zweck ist die Schaffung eines gemeinsamen Lebensmittelamtes für alle drei Unterweserorte beschlossen worden. Es soll mit einem von den drei Städten gewährleisteten Kredit von vorläufig 700 000 Mk. arbeiten; an seinen Kosten und etwaigen Ueberschüssen sollen die drei Orte nach dem festgestellten Verhältnis ihrer Friedenseinwohnerzahl teilnehmen.

Soziales.

Angestelltenwünsche zum Uebergang vom Krieg zum Frieden. In einer Eingabe an den Bundesrat hat die Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände, umfassend den Deutschen Techniker-Verband (Berlin) und den Deutschen Werkmeister-

Verband (Düsseldorf), Leitsätze für die Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft unterbreitet. Dieselben behandeln die Sicherung der Volkswirtschaft, die Zurückführung der Feldzugsteilnehmer in Berufsstellungen und die sonstige Fürsorge für die Kriegsteilnehmer. Um der Industrie die Möglichkeit zu geben, sich den Aufträgen anzupassen, ist, soweit öffentlicher Bedarf in Betracht kommt, möglichst frühzeitig ein Produktionsplan zu veröffentlichen. Zur Vermeidung von Erschütterungen der Volkswirtschaft durch Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird die sofortige Schaffung staatlicher Einigungsämter mit Verhandlungszwang empfohlen. Die Versorgung mit Rohstoffen und Lebensmitteln hat für die erste Zeit nach dem Kriege durch Zentraleinkaufsstellen zu geschehen. Ebenso die Versorgung mit ausländischen Industrieprodukten. Das Kriegsernährungsamt wird noch einige Zeit beizubehalten sein. Vom Reichsamt des Innern ist ein Reichswirtschaftsamt abzutrennen, in dem als besondere Abteilung ein Kriegsbereitschaftsamt zu bilden ist. Das beste Mittel zur Unterbringung der im Felde stehenden Angestellten in Berufsstellungen ist die Benutzung der Stellenvermittlungseinrichtungen der Angestelltenverbände. Die militärischen Stellen, die mit der Entlassung der Kriegsteilnehmer zu tun haben, müssen auf die Stellennachweise der Verbände aufmerksam machen. Zweckmäßig erscheint die Schaffung einer gemeinsamen Austauschstelle für die Stellenvermittlungen der Technikerverbände. Das Reichsamt des Innern ist in einer Eingabe gebeten worden, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände zu einer gemeinsamen Besprechung über die Demobilisierung einzuladen. Von den Arbeitgebern wird verlangt, daß sie die im Felde stehenden Angestellten möglichst restlos wieder in ihre alten Stellungen aufnehmen. Die Fürsorge für die Kriegsteilnehmer soll in der Gewährung von Arbeitslosen-Unterstützungen, in der Weiterzahlung der Familienunterstützung für den ersten Monat nach der Entlassung und bis zu drei Monaten im Falle der Arbeitslosigkeit des Ernährers und in der Gewährung von Darlehen bestehen. Eine Verlängerung der Zahlungsfristen ist notwendig. Die während des Krieges eingeführte Erhöhung der Pfändungsgrenze auf 2000 Mk. ist beizubehalten.

Genossenschaftliches.

Die Besteuerung der Konsumvereine. Die Gegner der Genossenschaftsbewegung unter den Mittelstandsleuten fordern eine scharfe Besteuerung der Konsumvereine, um ihnen dadurch das Leben sauer zu machen. Am liebsten wäre ihnen die Erdrosselungssteuer. Da sie sich aber schämen, ihre Absicht offen kundzugeben, so stellen sie sich heuchlerischerweise auf den Rechtsstandpunkt, indem sie sagen, die Konsumvereine müßten ebensogut besteuert werden wie alle anderen Geschäfte. Wie es sich hiermit verhält, wird in einem Artikel der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft" untersucht. Der Verfasser geht davon aus, daß nur eine wirtschaftliche Leistung besteuert werden könne. Die Heranziehung der Genossenschaften zur Einkommensteuer setze also voraus, daß ein Einkommen erzeugt werde. Es gäbe unter den Genossenschaften solche Unternehmungen, die offenbar auf Erwerb gerichtet seien und deshalb ein Einkommen produzieren. Von diesen Genossenschaften führen zahlreiche Abstufungen zu jenen gesellschaftlichen Wirtschaften, die keinerlei Erwerb verfolgen, sondern deren Zweck gerade die Ausschaltung des Profits sei. In diesem gemeinschaftlichen Betrieb sei das Selbstkostenprinzip rein durchgeführt, so daß nicht das Kapital, sondern die Person des Teilhabers ausschlaggebend sei. Voraussetzung bei einem solchen Selbstkostenbetrieb in einer Genossenschaft sei, daß nicht regelmäßig Geschäfte mit Nichtmitgliedern abgeschlossen werden, und daß etwaige Geschäftsüberschüsse, nach Deckung der Unkosten, nur nach Maßgabe der Inanspruchnahme des gemeinschaftlichen Betriebes den Mitgliedern zurückerstattet werden. Reine Selbstkostenbetriebe könnten kein Einkommen erzielen, gleichviel in welche Form sie gekleidet seien. Freilich hat diese Forderung mit der Schwierigkeit zu rechnen, steuertechnisch die Grenze zu ziehen zwischen Erwerbswirtschaft und Nichterwerbswirtschaft. Wolle man die einzelnen Genossenschaftsarten hierauf prüfen, so empfehle sich die Scheidung in Produzenten- und Konsumentengenossenschaften.

Nachdem der Verfasser die verschiedenen Produzentengenossenschaften behandelt hat, wirft er die Frage auf, wie es mit der wirtschaftlichen Natur der Konsumgenossenschaften stehe:

Mit den Genossenschaft von Produzenten haben sie gemeinsam, daß sie Hilfsorganisationen sind, die den Gewinn am Preis beseitigen wollen. Von diesen unterscheidet sie aber der besonders für die Besteuerungsfrage wichtige Umstand, daß sie nicht wie diese im Zusammenhang mit der Erwerbswirtschaft des Genossen stehen, sondern seiner Konsumtionswirtschaft dienen. Ihr wirtschaftlicher Effekt ist nicht eine Produktionsersparnis, die wie jede Unkostenminderung im Einkommen des Produzentengenossen zur Erscheinung und zur Besteuerung kommt, sondern hier liegt eine Ersparnis vor, die gelegentlich der Verausgabung bereits der Besteuerung unterliegenden Einkommens gemacht wird. Niemals ist es aber als der Zweck einer Einkommensteuer betrachtet worden, nochmals als Besteuerung die Einkommensersparnisse eines Konsumenten zu erfassen. (Von der Erfassung der Ersparnisse durch Vermögensteuer wird hier natürlich abgesehen.) Den Charakter einer Ausgabeersparnis gelegentlich eines Konsumtionsaktes haben in gleicher Weise der feste Rabatt, auf den die Genossen von vornherein einen rechtlichen Anspruch haben, die Rückvergütung, die auf jährlichem Beschluß der Genossenschaftsorgane beruht, sowie die durch die Genossenschaften vermittelten Lieferantenrabatte. Es ist für deren wirtschaftliche Natur ohne Belang, ob das Selbstkostenprinzip in der Weise durchgeführt wird, daß der Preisaufschlag nur die Höhe der Unkosten erreicht, oder in der Weise, daß im Interesse der kaufmännischen Kalkulation zu Tagespreisen verkauft, das zuviel Gezahlte aber nach Deckung der Unkosten im Verhältnis der Umsätze wieder zurückerstattet wird.

Der Verfasser hebt hervor, daß gegen diese seine Auffassung von verschiedenen Seiten Einwendungen gemacht werden. Es würde behauptet, die Umsatzdividende sei ein gewerblicher Gewinn, wie der von einem Kaufmann erzielte Ueberschuß. Doch liege hier eine, das wirtschaftliche Wesen der Rückvergütung verkennende Ueberschätzung der äußeren Form vor, unter der sie erzielt werde. Die Folgerung, die durch den Konsumverein erzielten Ersparnisse seien deswegen gewerblicher Gewinn, weil sie den bisherigen Gewinn des Kaufmanns darstellten, sei gleichwertig der Folgerung, daß auch die Summe gewerblicher Gewinn sei, die sich jemand zum Beispiel erspart, wenn er von einem gewissen Zeitpunkt an nicht mehr die Droschke benutzt, sondern zu Fuß geht. Er gelangt dann zu dem Endergebnis:

Daß die Konsumvereine die Rückvergütung als Ersparnisse darstellen und nicht als gewerblichen Gewinn, das ist nicht nur die in der Theorie überwiegende Ansicht, auch die Steuergesetzgebung und die Steuerpraxis wurden dem Wesen des Konsumvereins und seiner Ueberschüsse so lange gerecht, bis Einflüsse, die außerhalb der Steuerpolitik liegen, den Umschwung herbeiführten.

Zum Schluß behandelt der Verfasser auch noch die Heranziehung der Konsumvereine zu den kommunalen Gewerbesteuern. Man hat diese Besteuerung bekanntlich dadurch zu rechtfertigen gesucht, daß sie den Gemeinden besondere Lasten auferlegten. Bestenfalls dürfte damit ein besonderer Beitrag zu den Straßenkosten und zum Feuerlöschwesen zu rechtfertigen sein. Tatsächlich dürfte die Wirkung gerade der Konsumvereine eher eine entlastende sein für die Gemeinden, oder man müsse ihren heilsamen Einfluß auf den Haushalt der Unterschichten leugnen. Die Ausführungen des Verfassers scheinen uns tatsächlich das Richtige zu treffen. Eine Heranziehung der Konsumvereine zu der Einkommens- und Gewerbesteuer läßt sich weder aus wirtschaftlichen Ursachen, noch von sozialen Gesichtspunkten aus rechtfertigen. Es trifft tatsächlich zu, was der Verfasser in dürren Worten ausspricht, indem er auf die bekannten Einflüsse hinweist, die außerhalb der Steuerpolitik liegen und die man deshalb eine Erdrosselungssteuerpolitik genannt hat. Die Besteuerung der Konsumvereine hat weniger ihre Ursache in der Absicht, Einnahmen zu erzielen, als in der Absicht, ihnen Schwierigkeiten zu machen.

Neueste Nachrichten.

Gegen den Krieg bis zum Aeußersten.

Genf, 21. September. Die dem Budgetzwölftel gewidmete Kammersitzung gehörte wegen der zum Ausdruck gebrachten tiefen Friedenssehnsucht des französischen Volkes und der schweren Anschuldigungen, die gegen die Methode der Fortsetzung des Krieges um jeden Preis erhoben wurden, zu den wichtigsten dieser Tagung. Wie sehr ein großer Teil der linksstehenden Gruppen mit den leidenschaftlich erregten Ausführungen des Abgeordneten Costadoux einverstanden war, bewies der Protest, der gegen den Maueranschlag der Erwiderung Briands von seiten der Linken erhoben wurde. Wiederholt ersuchte der Kammerpräsident Deschanel den Abgeordneten Costadoux um Mäßigung, weil das, was er offen und rückhaltlos aussprach, nach der Aeußerung Briands zum Programm der Geheimsitzung gehörte, aber der Redner ließ sich nicht abhalten, die Stimmung der Wählerschaften auf folgende Weise zum Ausdruck zu bringen: „Soll Frankreich nicht als Todeskandidat zum Friedenskongreß sich einfinden, so muß mit den tiefwurzelnden Mängeln unserer Heeresorganisation unverzüglich aufgeräumt werden. Oder wissen unsere Generale nicht, daß die Zahl der französischen Menschenleben eng begrenzt ist? Dieses Land ist an der äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Fünf Millionen Menschen und sechzig Milliarden Geld. Das ist die bisherige Bilanz unserer furchtbaren Opfer. Wie lange soll diese düstere Torheit noch fortdauern? Ist dieses arme Land noch nicht genug zerfleischt? Hören Sie in der Stadt und auf dem Lande herum, und sie werden die Antwort finden. Blicken Sie auf die Wüstenei, in die die einst so herrlichen Gegenden unserer Heimat umgewandelt worden sind. Bauernstand! Es gibt keinen Bauernstand mehr. Der Krieg hat ihn vernichtet. Dieses moralisch und physisch beste Element der Nation habt ihr völlig aufgebraucht, bis in die tiefsten Wurzeln habt ihr die Volkskraft aufgezehrt. Flüchtet euch nur in euren ewigen Optimismus. Unsere Pflicht ist, die Dinge so darzustellen, wie sie sind." Der Redner schloß mit der deutlich an Frankreichs Verbündete gerichteten Forderung, die auch in der Bourgeoispresse (Anspielung auf den jüngsten, das gleiche Verlangen stellenden „Journal"-Artikel des Senators Humbert) unverhüllten Ausdruck fand, zwei weitere Budgetzwölftel zu bewilligen. Es wäre nach der Ansicht des Redners das äußerste, wozu er sich und seine Freunde noch verstehen könnten. „Darüber hinaus keinen Sous und keinen Mann mehr." Der an den Opfermut der Volksvertretung appellierenden Erwiderung Briands folgte eine Bekräftigung der Ausführungen Costadoux' durch den in letzter Zeit vielgenannten Sozialisten Brizon, der im Namen seiner Genossen sofortige Schritte zur Beendigung der Feindseligkeiten forderte.

Stockholm, 20. September. Der italienische Sozialist Morgari, Sekretär der sozialdemokratischen Partei seines Landes, hält sich augenblicklich in Stockholm auf, um mit allen nach Frieden strebenden Kräften in Verbindung zu treten. Zu gleichem Zweck wird er auch nach Christiania und dem Haag reisen. Morgari war von Anfang an gegen ein Eingreifen Italiens. Dem Vertreter von „Dagligt Nyheter" gegenüber betonte er, er glaube zwar, daß die Zentralmächte den Weltkrieg entfesselt hätten, doch hätten die Westmächte durch ein Zusammengehen mit dem zaristischen Rußland alle Rechte verloren, als Verfechter des Rechtes der Volksfreiheit und der Demokratie aufzutreten. Frankreich, so erklärte er, will zum Beispiel nichts von einer Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen hören und die Westmächte haben den von Rußland unterdrückten Völkern keinerlei Garantien gegeben. Ein großer Sieg der Verbündeten würde unter solchen Umständen ebenso unheilvoll für die Welt sein wie ein großer Sieg der Zentralmächte.

Verlustlisten.

Erschienen sind:

Preußische Verlustliste Nr. 638.

Sächsische Verlustliste Nr. 331.

Die Verlustlisten sind **während** der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr **vormittags** bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Bringt Eure goldenen Uhrketten zur Goldankaufsstelle.
Dem Vaterlande gehört heute alles Gold!

Bekanntmachung

betreffend den Höchstpreis für den Kleinhandel mit Kartoffeln.

In der Zeit vom 21. September ab bis auf weiteres darf beim Kleinhandel mit Kartoffeln ein Preis von 6 Pfg. für das Pfund nicht überschritten werden.

Wer den festgesetzten Höchstpreis überschreitet, wird auf Grund des § 6 des Höchstpreisgesetzes mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark bestraft.

Lübeck, den 20. September 1916.

4530 **Das Polizeiamt.**

Morgen früh 6 Uhr ein Waggon
reife Thüringer Zwetschen
10 Pfund 2.10 Mk.
Verkauf nur ab Waggon Produktenstrang.
Um ein schnelles Abfertigen zu ermöglichen, bitte ich, abgezähltes Geld mitzubringen. (4534) **Otto Höpfner.**

Soeben erschienen:
Illustrierter
Neue-Welt-Kalender
für das Jahr 1917.
Aus dem Inhaltsverzeichnis heben wir hervor: Kalendarium. — Politisches. — Rückblick. — Messen und Märkte. — Unsere Toten. — Feld- und Kriegszeitungen. (Von J. Stehe. Mit Illustrationen). — Die Schiffbarkeit von Landseen und Minenfeldern im Meere vom Flugzeug und Ballon aus. (Mit Illustrationen.) — Die Baltenvölker. (Mit Illustrationen.) — Kleine kriegszeitgemäße Winke aus der Praxis des Alltags. (Mit Illustrationen.) — Hierzu drei Bilder: Heimkehr; Überschwemmung; Beim Wein.
Preis 50 Pfg.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
(Lübecker Volksbote)
Johannisstraße 46.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (4526
Otto Albers
Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Sparv. Lubeca.

Bilderleisten einrahmungen 4527
Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Taschen-Atlas der Kriegsschauplätze
18 Teilkarten und 2 Uebersichtskarten
von England, Belgien, Frankreich, Rußland, Galizien, Serbien, Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Albanien Italien, Türkei und Aegypten.
— **Preis 15 Pfg.** —
Zu haben bei:
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.

Als weitere Opfer des Weltkrieges fielen unsere treuen Mitglieder
Paul Bachmann
Arbeiter
Wilh. Wegner
Dreher
Karl Ruge
Klempner.
Wir werden denselben ein ehrendes Andenken bewahren.
4539) **Die Ortsverwaltung.**

Ein Paar Damenstiefel
zu verkaufen, Größe 40.
4535) Johannisstraße 3.

Kinderblockwagen
zu kaufen gesucht. (4529
Werderstraße 16, I.

Gefunden etwas Papiergeld.
4532) Abzuholen Segebergstr. 1.

Die Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit beabsichtigt auch in diesem Jahre jungen Leuten zur Ausbildung auf höheren technischen Lehranstalten Stipendien zu verleihen.
Bewerber wollen ihre Gesuche unter Beifügung von Zeugnissen bis zum 28. September bei dem Direktor der Gesellschaft, Herrn Senator Dr. Lienau, einreichen. (4537
Die Vorsteherschaft der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit.

Gesucht ein (4538
zuverlässiger Mann
zur Bedienung ein. Zentralheizg. Ang. unt. S B 21 an die Exped.

Dunkler Ueberzieher
billig zu verkaufen. Näh. Johannisstr. 46, I. links.

Zu verkaufen größeren Posten
gebrauchte Zeitungen.
Ang. u. S U 26 an die Exp. (4535

Weißkohl
feste Köpfe
1 Pfd. 6 Pfg., Zentner 5 M.
(4533
Hr. Voßberger Allee 142.

Drucksachen aller Art
fertigt an
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Hansa-Theater.
Eigentümerin und Direktion: Fr. Rittschers Ww.
Täglich abends 8 Uhr:

Milly Martens	Gesina Kosters
Dubois und Huene	3 Borkums
2 lustige Hamburger	Hansi Holden
3 Gebrüder Philipp	Tilla Düring
6 Vierländerinnen	Lachpillenwolff
2 Teims	Deutschlands Stolz

4528
Vorverkauf in **Sagers Zigarrengeschäft, Kohlmarkt.**

Nr. 222
23. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Donnerstag, den 21. September 1916

Zur Reichskonferenz.

In den sozialistischen Zeitschriften Deutschlands lassen sich zahlreiche Stimmen über die bevorstehende Reichskonferenz vernehmen. Die Sozialistischen Monatshefte geben Carl Severing (Bielefeld) das Wort. Er verlangt, daß diese aus der Not entstandene Tagung nicht nur zum Parteistreit Stellung nehme, sondern daß sie in der Hauptsache die Gegenwartsaufgaben der Politik der Partei untersuche und festlege. Die vor Jahresfrist von der Fraktion und dem Parteiausschuß bezeichneten Friedensziele müssen bestimmter ausgesprochen und der Weg zu ihnen gewiesen werden. Es handle sich nicht darum, theoretisch alle Machtgruppen und Mächte zu umschließen, sondern konkret diejenigen auszuwählen, bei denen die Interessengleichheit die Interessengegensätze überwiegt. An dem deutsch-englischen Wettbewerbsgegensatz wird der Frieden wenig ändern. Die Pariser Beschlüsse zeigen das englische Ziel der Niederhaltung Deutschlands. Dem muß der mitteleuropäische Zusammenschluß entgegengesetzt werden. Nicht törichter Englandhaß, aber vernünftige Verständigung mit einem seine wahren wirtschaftlichen Interessen erkennenden Rußland. Der deutschen und französischen Sozialdemokratie wird in Zukunft die Aufgabe erwachsen, die gegenseitige Annäherung beider Nationen herbeizuführen.

Das Kriegsziel der Sozialdemokratie müßte sein: Eine Verständigung auf dem Kontinent zur Schaffung eines zusammenhängenden europäischen Wirtschaftskomplexes zur Erringung und Behauptung der Freiheit der Meere gegen England, zur Sicherstellung der Rohstoffzufuhr aus eigener Kolonisationstätigkeit zum Aufbau der Volkswirtschaft auf eigene Kraft. Von diesem Grundproblem ist alles weitere, sind auch die innerpolitischen Fragen abhängig, und darum soll sich die Reichskonferenz der Bedeutung dieser weltpolitischen Fragen auch für die Zukunft der Sozialdemokratie bewußt sein.

Heinrich Peus fordert in der gleichen Zeitschrift, daß die Partei so handeln müsse, als ob von ihr selber das Schicksal des ganzen Volkes abhänge — andernfalls wäre die Partei geschichtlich erledigt. Die Partei müsse sich freimachen von Auffassungen, die mit ihrem Ziel, der Verwirklichung von Sozialismus und Demokratie, keinen notwendigen Zusammenhang haben und nur falschen taktischen Anschauungen entspringen. Wir bejahen den Staat, um das Recht zu erwerben, ihn in unserem Sinne zu verbessern. Ist dieser Staat aber auch unser Staat, so muß die prinzipielle Ablehnung des Etats — des Heeres- und Flottenbudgets — aufhören. Die Volkswehr soll unser Land und Volk gegen Vergewaltigung schützen. Klarheit nach allen Seiten tut not. — Wir haben für die Entwicklung der Produktion so zu sorgen, als würde sie schon gesellschaftlich betrieben. Des Gegensatzes zwischen Arbeitern und Unternehmern wohl bewußt, hat unser höchster Gesichtspunkt immer die Produktion selber zu sein, ganz besonders die landwirtschaftliche. Die Arbeit der Partei wie der Reichskonferenz muß auf das Gesamtleben unseres Volkes gerichtet sein.

Paul Umbreit legt den Nachdruck auf die Pflichten der Gegenwart und betont, daß nur der Gesamtwille des deutschen Volkes eine Friedenswirtschaft aufrichten kann, die Staat und Volk, Unternehmer und Arbeiter ein gedeihliches Auskommen gewährleistet und die sich in der Weltwirtschaft durchzusetzen vermag. Darum keine Isolierung, keine Proklamierung von Klassengegensätzen und Klassenkämpfen, wo Zeit und Tatsachen ein gemeinsames Zusammenarbeiten dringend erheischen.

Auch mehrere andere Artikel der Sozialistischen Monatshefte sind, ohne sich direkt auf die Reichskonferenz zu beziehen, für ihre Verhandlungen beachtenswert, so Max Schippels Ausführungen über den englischen Wirtschaftskrieg, Quessels Artikel über die Bedeutung der Seegeltung und die Aufsätze von Janssen über Wirtschaft und Gewerkschaft nach dem Krieg, Kaliski über Agitation oder wirkliche Arbeit in der Wirtschaftspolitik und Heilmann über Klassenkampf und Gemeinschaftsarbeit.

In der „Neuen Zeit" schreibt Heinrich Ströbel über die Reichskonferenz: Er erkennt an, daß der Zusammenhalt der Gewerkschafts- und Parteiorganisationen wichtig ist, aber im Augenblick erscheint es ihm viel wichtiger, daß die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft ihre historische Pflicht erfüllt. Hierbei handle es sich nicht um theoretische Meinungsverschiedenheiten, sondern um politische Handlungen, nämlich Bewilligung oder Ablehnung der Kriegskredite, Anerkennung des Burgfriedens, Teilnahme an der bürgerlichen Kriegspolitik im Regierungstroß oder selbständige proletarische und sozialistische Politik. Die Politik der Mehrheit stelle den schroffsten Bruch mit der ganzen sozialdemokratischen Vergangenheit dar. Der Minderheit sei es das Wichtigste, daß innerhalb der Völker eine Friedensmacht emporwachse. Die Richtigkeit der Haltung der Minderheit habe der Kriegsverlauf bewiesen, denn die Politik der Mehrheit habe die Erbitterung des Krieges ins Maßlose gesteigert und starke Teile des Proletariats in die nationalistische Verirrung hineingerissen, ohne die Aussichten des Kriegsausgangs zu verbessern. Die Mehrheit habe ursprünglich die Absicht gehabt, sich von der Reichskonferenz den Rückhalt zu Unternehmungen geben zu lassen, die man mit bloßer Unterstützung der Parteiausschußmehrheit nicht wagen durfte. Trotz dem absurden Delegationssystem werde sich die Minderheit an der Konferenz beteiligen. Gegen ungebührliche Zumutungen und Vergewaltigungen werde sie sich zu schützen wissen. Wenn es die Mehrheit darauf ankommen lasse, fänden die ohnehin gezählten Tage ihrer Herrlichkeit ein noch rascheres und noch unrühmlicheres Ende.

In dem gleichen Heft schreibt Emanuel Wurm von der Arbeitsgemeinschaft über die Kriegssteuern, um zu dem Schluß zu kommen, daß die Arbeitsgemeinschaft vor den Massen keine Sorge darum zu haben brauche, daß man ihre Haltung etwa nicht verstehen und sich auf die Seite der „Umlerner" stellen werde.

In der „Glocke" weist Dr. Gradnauer darauf hin, daß die entgegenkommenden sozialistischen Friedensbedingungen von deutscher Seite in Frankreich noch nicht einmal eine Antwort gefunden haben und daß jetzt Einigkeit und Geschlossenheit das höchste Gebot sein müßten. — Konrad Hänisch stellt zunächst fest, daß die Partei seit drei Jahren den Parteitag entbehrt hat, daß diese drei Jahre furchtbarste Enttäuschung, aber auch über alles Erwarten große Erfüllung durch Sozialisierung der Wirtschaft, durch Stärkung der demokratischen Kräfte, durch Erzeugung einer vorher nur erst geglaubten revolutionären Geistesrichtung im Proletariergeschlecht, aber auch durch Demokratisierung des Militarismus und schließlich durch Herrorrufung eines neueren höheren internationalen Geistes gebracht haben. Der Kompaß der ungeheuren Umwälzung dieser Zeit weise durch all den blutigen Nebel hindurch deutlich und sicher in der Richtung auf den Sozialismus. Das Hauptgewicht habe die Reichskonferenz auf die Zukunftsaufgaben der deutschen Politik und der deutschen Sozialdemokratie zu legen, das ist vor allem auf die völlige politische Neugestaltung des europäischen Staatensystems. Wir dürfen nicht in das Extrem einer absoluten Verneinung der Bedürfnisse deutscher Staatspolitik verfallen. Verständigung mit Frankreich und Rußland werde die Zukunft bringen müssen. Für die weltgeschichtlichen Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie, die kein Diskutierklub, sondern eine politische Partei ist, habe die Reichskonferenz das ihrige zu tun.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Abg. Bassermann über die Sozialdemokratie.

Die „Nationalliberale Korrespondenz" verbreitet einen ausführlichen Auszug aus der Rede, die Abgeordneter Bassermann in Saarbrücken gehalten hat. Von Interesse ist, was der Redner über die Sozialdemokratie sagte; er führte aus:

„Und nun die Sozialdemokratie. Ein verschleiertes Bild bietet sie uns heute. Durch manche Parteikämpfe zerklüftet, gespalten in die Scheidemann-, Ledebour-, Haase- und Liebknechtgruppe. Eins ist sicher: daß in der künftigen deutschen Politik die Männer, die aus den Schützengräben kommen, ein entscheidendes Wort mitsprechen werden, besonders bei den Wahlen. Was aber die Zukunft anlangt, so meine ich, eine Sozialdemokratie, die nach wie vor die Republik erstrebt, und am Erfurter Programm und der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln festhält, wird uns die alten Kämpfe bringen. Bildet sie sich aus in dem Sinne, wie er mehrere hervorragende Führer der sozialdemokratischen Partei fordern, zu einer radikalen Reformpartei, die mithilft das Reich wohliger zu machen und eintritt für die Wehrhaftigkeit und Stärke nach außen, dann sehen wir einer freundlicheren Zukunft entgegen."

Herr Bassermann muß sich schon gedulden, bis ihm Klarheit wird. Aber wenn er glaubt, daß die Sozialdemokratie so hanswurstartig mit ihren Grundsätzen umspringt wie gewisse andere Leute, dann wird er eine schwere Enttäuschung erleben.

Noch höhere Zuckerrübenpreise?

Die Posener „Ostdeutsche Warte" veröffentlicht die Zuschrift eines „angesehenen Sachkundigen aus der Provinz Posen". Darin heißt es bezüglich der für die neue Ernte erst neuerdings erfolgten Erhöhung der Rohzuckerpreise von 12 auf 15 Mk. und der dadurch ermöglichten Höherbezahlung der Zuckerrüben zu 1,50 Mk. statt 1,20 Mk. je Zentner.

„Heute bereits ist es an der Zeit, daß die Regierung sich die Frage vorlegt: Sind solche Preise ausreichend, um zu verhüten, daß der Rübenbau erheblich zurückgeht? Denn jetzt schon muß der Landwirt für das kommende Jahr das Land für Rüben vorbereiten. Tatsächlich sind sie es nicht, im Vergleich zu allen anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, und aus Patriotismus baut kein Landwirt Zuckerrüben."

Wie sagte doch Herr v. Batocki? „Mir klingt es wie eine Beschimpfung der Landleute, wenn man hier und da sagt, nur durch den Anreiz gesteigerter Preise ist etwas von ihnen herauszuholen."

Noch höhere Zuckergewinne!

Der Zuckersachverständige des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen schreibt — nach Erscheinen der Zuckerverkehrs-Bestimmungen für das Jahr 1916/17 besonders interessant — über die Zuckerfabrik (Raffinerie) Frankenthal: Sie erzielte im Betriebsjahre 1913/14 folgendes Ergebnis: Nach Absetzung der „vertragsmäßigen" Jahresgewinnanteile und Abschreibungen von 400 000 Mk. wurden auf das Aktienkapital von 8 500 000 Mk. 1 750 0000 (20% Proz.) Dividende verteilt, 100 000 Mk. wurden für Kriegsfürsorge aufgewendet und 200 000 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen. — Demgegenüber zeigt das Kriegsjahr 1914/15 folgendes Ergebnis: Auf das Anlagekonto von 2 750 000 Mk. wurden 1 300 000 Mk. abgeschrieben, für Kriegsfürsorge wurden 400 000 Mk. aufgewendet und weitere 700 000 Mk. zurückgestellt, wobei einer erwarteten Ueberschreitung dieser Gesamtsumme von 1 100 000 Mk. weiter vorsichtsweise Rechnung getragen wurde. Nachdem sodann noch die „satzungsgemäßen und vertraglichen Gewinnanteile" (die Höhe wird im Jahresbericht nicht angegeben) abgesetzt wurden, verbleibt ein **Reingewinn von 4 000 000 Mark**, sodaß sich das **Aktienkapital mit mehr als 80 Proz. im Kriegsjahre 1914/15 verzinst** hat. Hiernach hat es nun noch gefehlt, daß, wie vor einigen Tagen amtlich veröffentlicht wurde, die Regierung die Spanne zwischen Rohzucker und Kristallzucker bezw. gem. Melis, dem billigsten Volksnahrungsmittel der Zuckerfabrikation, für die Campagne 1916 von 3,60 Mk. auf 4 Mk. für den Zentner erhöht hat.

Lederabfallgewinne.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hatte kürzlich auf Preissteigerungen um 1000 bis 2000 Prozent bei den Submissionen der Bekleidungsämter hingewiesen. In einer Zuschrift aus Händlerkreisen war diese Preistreiberei mit der Wertsteigerung der Abfälle infolge der Sohlenschonerherstellung erklärt und im Interesse der staatlichen Gewinne als berechtigt angesehen worden. Der Verband deutscher Ledersohlenschoner-Fabrikanten (E. V.), Sitz Düsseldorf, verwahrt sich jetzt in einem Briefe an den Verbraucherausschuß gegen den Vorwurf des Händlers. Er macht einige wenige Spekulanten für die Mißstände verantwortlich, die sich mit Rücksicht auf die Rohstoffnot der

Don Quijote.

Von Cervantes.

2. Fortsetzung.

Der Bauer ließ den Kopf hängen und band, ohne ein Wort zu sagen, seinen Knecht los, den Don Quijote fragte, wie viel sein Herr ihm schuldig sei. Dieser antwortete: „Neun Monate und jeden Monat sieben Realen."

Don Quijote rechnete es zusammen und fand, daß die Summe 63 Realen betrug. Er befahl hierauf dem Bauer, sie sogleich auszuzahlen, falls er nicht umkommen wolle. Der erschrockene Bauer antwortete, so gewiß er dastehe und geschworen habe — ob er gleich gar nicht geschworen hatte — es betrage nicht so viel; denn man müsse die Kosten von drei Paar Schuhen abrechnen, die er ihm gegeben, wie einen Real für zwei Aderlasse, den er ausgelegt habe, als der Junge unpaß gewesen. „Dem mag schon sein," antwortete Don Quijote, „aber was die Schuhe und die Aderlässe betrifft, so magst du sie für die Streiche abrechnen, die du ihm unverschuldet gegeben hast. Hat er das Leder der von dir bezahlten Schuhe zerrissen, so hast du dafür dasjenige seines Körpers zerrissen; hat der Barbier ihm Blut abgezapft, da er krank war, so hast du es ihm in seiner Gesundheit abgezapft; dafür ist er dir also nichts schuldig." „Das Unglück, Herr Ritter, ist nur, daß ich kein Geld bei mir habe, will aber Andres mit mir nach Hause kommen, so will ich ihm einen Real nach dem andern bezahlen." „Mit ihm gehen!", rief der Junge, „nein, das gibt es nicht. Denn so wie er mich wieder allein hat, würde er mir das Fell über die Ohren ziehen." „Fürchte nichts," antwortete Don Quijote, „denn er soll mir den Orden der Ritterschaft schwören, dich freizulassen und dir den Lohn gewiß zu bezahlen." „Seht wohl zu, gnädiger Herr, was Ihr sprecht," antwortete der Bursche. „Mein Herr ist kein Ritter und hat auch nie einen Ritterorden bekommen. Es ist ja der reiche Hans Dickbauch aus Knausersdorf."

Das hindert wenig", antwortete Don Quijote, „auch Dickbäuche können Ritter sein, um so mehr, da jedermann der Sohn seiner Tat ist." „Das ist wahr", sagte Andres, „aber von was für Taten muß mein Herr ein Sohn sein, der mir meinen sauer verdienten Lohn verweigert." „Ich verweigere dir ihn nicht, Freund Andres", antwortete der Bauer, „und wenn du mit mir kommen willst, so schwör ich dir bei allen Orden der Ritterschaft in der Welt, ich will dir's mit Zinsen bezahlen." „Die Zinsen sind nicht vonnöten", sagte Don Quijote, „gebt ihm nur, was er zu fordern hat. Aber tut Ihr's nicht, so schwöre ich mit dem nämlichen Eide, daß ich Euch wieder aufsuchen und züchtigen werde, wenn Ihr Euch auch besser als eine Eidechse verbergt. Und wenn Ihr wissen wollt, wer Euch dies gebeut, so erfahrt, daß ich der tapfere Don Quijote von la Mancha, de rRächer des Unrechts bin. Und damit Gott befohlen."

Mit diesen Worten gab er seiner Rosinante die Sporen und verließ sie. Der Bauer folgte ihm mit den Augen, und als er bemerkte, daß er das Gehölz verlassen und nicht mehr zu ersehen war, wandte er sich zu seinem Knechte Andres und sagte: „Nun komm, mein Sohn, daß ich dir bezahle, was ich dir schuldig bin, wie es mir dieser Rächer alles Unrechts geboten hat." Er nahm ihn sogleich beim Arm, band ihn wieder an die Eiche und schlug ihn halbtot. „Nun, Freund Andres", sagte er dabei, „ruft doch Euren Ritter, damit er auch dieses Unrecht räche." Dann band er ihn los und gab ihm die Erlaubnis, seinen Rächer aufzusuchen, damit er das gesprochene Urteil vollstrecken könne. Andres ging erbost hinweg und schwur, sogleich den tapfern Don Quijote von la Mancha aufzusuchen, ihm alles aufs genaueste zu erzählen, auf daß es siebenfältig vergolten würde.

Also vernichtete der tapfere Don Quijote das Unrecht. Er war über diesen glücklichen Erfolg ungemein vergnügt, glaubte seine Ritterschaft auf die schönste und edelste Weise angetreten zu haben und setzte mit großer Selbstzufriedenheit den Weg nach seinem Dorfe fort. Als Don Quijote ungefähr zwei Meilen geritten war, erblickte er eine Anzahl Menschen, die — wie sich nachher erwies — Kaufleute aus Toledo waren und nach Murcia gingen, um Seide einzukaufen. Sie waren ihrer sechs und trugen Sonnenschirme in den Händen. Ihnen folgten vier Bediente, ebenfalls beritten, und drei Burschen zu Fuß für die Maulesel. Don Quijote glaubte, daß ein neues Abenteuer seiner harrte. Da er bestrebt war, alles, was er in seinen Büchern gelesen hatte, nachzuahmen, so setzte er sich mit edlem und kühnem Anstande in den Steigbügeln fest, faßte die Lanze, bedeckte die Brust mit dem Schilde und erwartete die irrenden Ritter — denn dafür hielt er die Kaufleute — in der Mitte des Weges.

Als sie so nahe gekommen, daß sie ihn sehen und hören konnten, erhub Don Quijote die Stimme und rief: „Alle Welt sei hier angehalten, wenn nicht alle Welt bekennt, daß in aller Welt keine schönere Dame lebe als die Kaiserin von la Mancha, die unvergleichbare Dulcinea von Toboso."

Die Kaufleute hielten still, als sie diese Worte hörten und diese seltsame Gestalt erblickten. Sie merkten sogleich seine Narrheit, wollten aber doch gern erfahren, warum ihnen dieses Geständnis abgefordert werde. Einer von ihnen, ein loser Vogel, sagte: „Lieber Herr Ritter, wir alle kennen die gute Dame nicht, von der Ihr sprecht. Zeigt sie uns, und ist sie so schön, wie Ihr behauptet, so wollen wir gern die Wahrheit bekennen, die Ihr von uns fordert." „Wenn ich sie Euch zeigte", antwortete Don Quijote, „was für ein Verdienst hättet Ihr dann? Es ist nötig, daß Ihr ungesehen es glaubt, bekennt, beschwört und verfechtet." Mit diesen Worten senkte er die Lanze und rannte mit solcher Wucht auf ihn los, daß es dem Kaufmanne übel ergangen sein möchte, wenn nicht Rosinante auf halbem Weg gestolpert und gefallen wäre. Rosinante stürzte und warf seinen Herrn eine gute Strecke ins Feld hinein. Trotz aller Mühe vermochte er nicht aufzustehen, so sehr hinderten ihn Lanze, Schild, Sporen, Helm und Gewicht der alten Rüstung. Mit lauter Stimme rief er daher: „Flieht nicht, feiges, elendes Gesindel! Denn nicht durch meine Schuld, sondern durch Schuld meines Pferdes liege ich hier."

Als einer von den Maultierjungen, der nicht sonderlich aufgeräumt sein mochte, den Ritter diese Schmähungen ausstoßen hörte, ging er zu ihm, nahm seine Lanze, zerbrach sie in Stücke und verabreichte unserm Don Quijote eine solche Tracht Schläge, daß sein Fell mürbe ward. Seine Herren riefen ihm zu, es genug sein zu lassen; aber der Junge war einmal erbittert und wollte nicht ablassen, bis alle Stücke der Lanze auf Don Quijote zerschlagen waren, der, während dieses Ungewitters nicht das Maul hielt, sondern unaufhörlich Himmel, Erde und Straßenräuber verfluchte. Endlich war der Junge müde und setzte mit den Kaufleuten seinen Weg fort, die noch viel von dem armen Geprügelten zu sprechen hatten. Als dieser sich allein sah, versuchte er es von neuem, sich zu erheben. Aber da es ihm nicht gelang, als er unverletzt war, wie konnte er es jetzt, zermahlen und zerprügelt.

Es traf sich, daß ein Bauer aus seinem Dorfe vorüberkam, der einen Sack Korn zur Mühle gebracht hatte. Als dieser einen Mann auf dem Boden liegen sah, ging er zu ihm, reinigte ihm das Gesicht vom Staub, erkannte den Ritter, hob ihn vom Boden auf und brachte ihn mit vieler Mühe auf seinen Esel, den er zum Reiten geeigneter hielt als die Rosinante.

Gegen Abend erreichten sie das Dorf; aber der Bauer wartete, bis es finster war, damit der zerschlagene Edle nicht bemerkt würde. Als ihm nun die Zeit günstig deuchte, zog er in das Dorf hinein nach Don Quijotes Wohnung, wo alles in Verwirrung war. Der Pfarrer und der Barbier des Ortes, die Don Quijotes gute Freunde waren, befanden sich dort, und die Haushälterin sagte eben mit lauter Stimme: „Was sagt nun Euer Ehrwürden zu meines Herrn Unglück? Seit sechs Tagen ist er nicht zu sehen, nicht Pferd, nicht Lanze und Schild, nicht Rüstung! Ich will des Todes sein, wenn die verfluchten Ritterbücher ihm nicht den Verstand verrückt gemacht haben! Ich erinnere mich, ihn oft zu sich sagen gehört zu haben, daß er irrender Ritter werden und ausziehen wolle, um in der ganzen Welt Abenteuer aufzusuchen. Wenn doch der Satan alle diese Bücher holte; denn sie haben den feinsten Kopf in ganz la Mancha um den Verstand gebracht." Die Nichte setzte hinzu: „Wißt, Meister Nikolas — denn so hieß der Barbier —, daß mein Herr Oheim, wenn er manchmal in diesen Unglücksbüchern zwei Tage und zwei Nächte las, schließlich das Buch wegwarf, den Degen nahm und auf die Mauer losschlug, bis er müde war und sagte, er habe vier Riesen, so groß wie Türme, umgebracht. Den Schweiß, den er von der Anstrengung vergoß, hielt er für Blut, das aus den Wunden strömte, die er in der Schlacht empfangen hatte. Er trank dann schnell einen großen Becher kaltes Wasser und war wieder gesund und ruhig, wobei er sagte, daß das Wasser ein köstliches Getränk sei. So habe ich an dem ganze Unglücke die meiste Schuld, da ich Euch nicht von den Torheiten meines Herrn Oheims unterrichtete. Ihr hättet sicherlich all die vielen heidnischen Bücher verbrannt, was sie wahrhaftig verdienen."

(Fortsetzung folgt.)

fabriken ohne Risiko zu jedem Preise in den Besitz der Abfälle brächten. Durch Material ließe sich nachweisen, daß die Sohlenschonerfabriken recht mäßige (?) Gewinne erzielt hätten, da mit den teurer eingekauften Vorräten meist ältere Aufträge zu niedrigeren Preisen ausgeführt werden mußten. Auch der Fiskus habe im Verhältnis zu den Schädigungen der Verbraucher nur geringen Gewinn, sofern er überhaupt auf solch volksschädlichen Nutzen Gewicht legen dürfe, wenn ihm der Sachverhalt unterbreitet würde. Der Verband habe dies in einer von der zuständigen Handelskammer befürworteten Eingabe vom 11. August 1916 getan. — Inzwischen sind nun Höchstpreise für Lederabfälle festgesetzt worden, die hoffentlich den unhaltbaren Verhältnissen ein Ende bereiten. — Wir glauben es nicht!

Noch ein kriegswütiger Ausschuß.

Ein in München ansässiger „Volksausschuß für rasche Niederkämpfung Englands" versendet einen Aufruf, der den nicht ganz neuen Gedanken breittritt, daß England niedergeworfen werden müsse. Pointierter ist es schon, wenn weiter erklärt wird, daß England nur zur See bezwungen werden könne. Sehr deutlich wird dann der Aufruf mit einem Hinweise auf die amerikanische Unterstützung Englands und vollkommene Klarheit über die Absichten des Ausschusses gewinnt man, wenn man die Unterschriften des Aufrufs liest. Er ist unterzeichnet von den bayerischen Reichsräten Graf Preysing und Buhl, von den Abgeordneten Einhäuser, Pfleger, Schlittenbauer, Hübsch, Löweneck usw., alles Namen, deren Träger bereits als Teilnehmer der bekannten Audienz „führender Männer" bei König Ludwig von Bayern genannt wurden. Die „neue Aktion" des neuen Ausschusses erweist sich als eine simple Fortsetzung des Feldzuges, den die bayerische Fronde schon vor einigen Monaten mit großem Tamtam eingeleitet hat.

Ein Friedensprogramm bürgerlicher Frauen.

Der „Nationale Frauenausschuß für dauernden Frieden" hat ein Programm aufgestellt, das, nach der „Welt am Montag", in folgenden vier Forderungen gipfelt:

1. Unterstützung der vorhandenen und Aufstellung neuer Forderungen auf erzieherischen, politischen, gesetzgeberischen, wirtschaftlichen und sozialen Gebieten, die geeignet sind, den Wiederausbruch von Kriegen unter den Kulturvölkern zu verhindern.

2. Unterstützung und Neuschaffung internationaler Beziehungen.

3. Versuch, alle in Deutschland vorhandenen Organisationen, deren Zweck es ist, den Ausbruch von Kriegen zu verhindern, zu einem losen Bunde zusammenzuschließen, der die Stoßkraft nach außen stärkt, ohne im geringsten die Freiheit und Selbständigkeit der einzelnen Organisationen im Innern anzutasten.

4. Forderungen der politischen Gleichberechtigung der deutschen Frauen, um wirksamen Einfluß auf die staatlichen Angelegenheiten ausüben zu können.

Diese Forderungen des „Nationalen Frauenausschusses für dauernden Frieden", der damit zum ersten Male an die Oeffentlichkeit tritt, sind ein erfreulicher Beweis dafür, daß auch die bürgerlichen Frauen sich allmählich von der Kriegspsychose frei zu machen anfangen. Hoffentlich ziehen die um dieses Programm sich gruppierenden Kreise aus diesen Forderungen auch die Folgerung, daß die in ihnen skizzierte Zukunftsarbeit nur ersprießlich sein kann, wenn sie anknüpft an eine entsprechende Gegenwartsarbeit, Hand in Hand mit jenen proletarischen Frauen, die die Aufgaben der Frau als Staatsbürgerin und Beschützerin des Lebens klar erkannt haben.

Gewerkschaftsbewegung.

Angriffe auf das Koalitionsrecht. Trotz aller Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen während des Krieges gibt es immer noch Unternehmer, die den Kampf gegen die Berufsverbände unbeirrt weiterführen. So hält es auch die Gute-Hoffnung-Hütte in Oberhausen (Rheinland) noch für nötig, jedem Stellenbewerber einen Fragebogen vorzulegen, der neben anderen überflüssigen Fragen auch die Beantwortung verlangt, ob der Bewerber dem Bunde technisch-industrieller Beamten oder dem Deutschen Technikerverbande angehört. Die beiden genannten Verbände haben sich, da die Direktion ihre Vorstellungen unbeantwortet ließ, an das zuständige Generalkommando gewandt, um die Firma zur Wahrung des Koalitionsrechts zu veranlassen. Noch ungenierter betätigt das Koalitionsrecht ihren Angestellten die Luftfahrzeug-Gesellschaft m. b. H. in Adlershof bei Berlin. In einem Anstellungsbrief für einen Ingenieur befinden sich folgender Passus: „Sie verpflichten sich bei einer Strafe von 100 Mk. (in Worten hundert Mark), für jeden Einzelfall, sich jeder Betätigung für Techniker-Vereinigungen u. dgl. zu enthalten." Ganz richtig bemerkt die „Industriebeamtenzeitung" dazu, daß eine derartige Bestimmung keine Rechtsgültigkeit besitze. Deshalb in der Tat aber doch verwerflich und umso bezeichnender, als die Luftfahrzeuggesellschaften selbst sich stark organisiert haben und durch Konkurrenzklausel den Angestellten sogar einen Stellenwechsel ohne Zustimmung der Firma unterbinden. Die genannte Firma nimmt also für sich selbst das Koalitionsrecht zur Verfolgung eigennütziger Zwecke in Anspruch, versagt aber dennoch ihren Angestellten jede Betätigung in deren Organisation.

Erhöhung der Lehrlingslöhne im Malergewerbe. Auch das Malergewerbe leidet ebenso stark unter dem jetzt ganz allgemein fühlbaren Lehrlingsmangel. Die Gründe dafür liegen in der rückläufigen technischen Entwicklung des Malergewerbes, das seit etwa 15—20 Jahren schon von einer auf größte Einfachheit abzielenden Mode immer mehr von kunstgewerblicher Tätigkeit einfachster Handarbeit zustrebte, ferner an den unständigen Arbeitsverhältnissen, weiter an den nicht mit der allgemeinen Entwicklung in Einklang gebliebenen Lohnverhältnissen für die Gehilfen und endlich an größeren Gesundheits- und Unfallgefahren u. a. m. Das alles hält viele Eltern ab, ihre Söhne dem Maler- und Lackierergewerbe zuzuführen. Eine Ursache der hier erörterten Erscheinungen ist aber auch die geringe Entlohnung der Lehrlinge, sodaß es minderbemittelten Eltern garnicht möglich ist, davon den Unterhalt der jungen Leute bestreiten zu können. Der Verband der Maler beschloß aus bestimmten Erwägungen heraus ein mehr örtliches und persönliches Vorgehen in dieser Angelegenheit. Die Presse der Unternehmer mußte davon Notiz nehmen und bald sahen sich die einzelnen Unternehmer vor die Tatsache gestellt, entweder ohne Lehrlinge auszukommen oder Teuerungszulagen auch für die Lehrlinge zu zahlen. In Berlin wird seit 1909 im ersten Lehrjahr 5 Mk., im zweiten 6 Mk., im dritten 7,50 Mk. und im vierten Lehrjahr 9 Mk. bezahlt und beim Vorliegen eines Schulabgangszeugnisses der ersten Klasse und wenn der Lehrling Talent im Zeichnen hat, ist eine dreijährige Lehrzeit vereinbart. Der Obermeister der Berliner Malerinnung hält es bei den teuren Lebensmittelpreisen für eine Ehrenpflicht der Meister, diese Vergütungen zu erhöhen. Manche Meister haben es aus freiwilligen Stücken getan. Die Widerstrebenden werden vom Obermeister ermahnt, eine solche Ehrenpflicht zu erfüllen. Was allenthalben zur Notiz genommen werden möge.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung im neuen Deutschland. Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der „Ausschuß des Deutschen Arbeiter-Kongresses" einen Programmentwurf nebst Begründung, den die dem Kongreß angehörenden Gruppen diskutieren sollen; die endgültige Beschlußfassung soll nach dem Kriege erfolgen, „weil auch den rund „750 000" Mitgliedern der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, die gegenwärtig im Heere stehen, Gelegenheit zur Mitwirkung gegeben werden muß". Die größere Hälfte der dem Ausschuß angeschlossenen Gruppen gehört den konfessionellen Arbeitervereinen an; diese Mitglieder sind also zu einem erheblichen Teil auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern, also doppelt gezählt; im übrigen haben sie gar nicht den Charakter von Berufsvereinigungen, sondern sie sind kirchliche Vereinigungen. Das Programm bekennt sich in allen seinen Teilen zur gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung, insbesondere zur Erbmonarchie, zum Privateigentum, zum konfessionellen Christentum. Es wendet sich ausdrücklich gegen die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel und gebraucht im übrigen der Sozialdemokratie gegenüber häufig einen Ton, der zum sogenannten Burgfrieden sehr schlecht paßt. Das Ganze mutet an wie ein Produkt der Angst vor der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen „Konkurrenz". Gefordert wird u. a.:

Beseitigung noch vorhandener Erschwernisse einer vollberechtigten Anteilnahme an der Erledigung der Staatsaufgaben durch Reform der Wahlrechte für Einzelstaat, Gemeinde und Gemeindeverbände und Heranziehung von Angehörigen aus allen Volksschichten zu den Aufgaben der Rechtsprechung und Verwaltung. Weiterbildung des Volksschulwesens im Sinne einer weitgreifenden schulmäßigen Ausbildung der geistigen und arbeitstechnischen Fähigkeiten auch der arbeitenden Bevölkerung. Fortbildungs-, Fach- und Volkshochschulen sind zu diesem Zweck planmäßig auszubauen. Das vielfach einseitig geregelte Berechtigungswesen ist neu zu gestalten, es sind erleichterte Uebergänge zu schaffen von der Volksschule zur höheren Schule für besonders begabte Kinder der sozial schlechter gestellten Bevölkerung und öffentliche Mittel zu diesem Zwecke bereitzustellen. Volksbildungsbestrebungen sind aus staatlichen Mitteln zu unterstützen.

Man vermißt eine klare Stellungnahme zum Wahlrecht des Privilegienrechts und der Wohnungsfrage, die Forderung des notwendig gewordenen Acht-Stunden-Tages und wundert sich auch nicht, daß man sich mit dem indirekten Steuersystem zufrieden gibt. In den Erläuterungen kommt nicht nur die Ablehnung von „plumpen und gewaltsamen Eingriffen" in die gesellschaftliche Entwicklung, sondern sogar die Sorge vor „überstürzten Fortschritten" zum Ausdruck. Ebenso mancherlei konfuse Bemerkungen über sozialistischen Materialismus, Klassenwesen, über die Begriffe national, international usw. Alles in allem wird ein Spiel mit Worten getrieben, das alles Blau in Blau malt. Im übrigen werden wir ja sehen, was die Klassengenossen der Männer vom „Ausschuß des Deutschen Arbeiterkongresses" zu dem Entwurf zu sagen wissen.

Aus dem Gerichtssaal.

Schmierseife aus Grammophonplatten. Zu welchen Erfindungen der Krieg anregt, zeigte eine Anklage wegen Kriegswuchers, die vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg gegen den Inhaber des Ostlaboratoriums in Friedenau, Günther, verhandelt wurde. Unter dem Namen „Wäscheweiß" hatte der Angeklagte ein Erzeugnis für Schmierseife in den Handel gebracht und in Pappdüten verkauft, die 45 Gramm enthielten und 40 Pfennig kosteten. Mit ¼ Liter Wasser vermischt soll man dann nach der Anreitung ein Pfund beste Schmierseife-Ersatz erhalten. Der Verkauf ist von der Preisprüfungsstelle beanstandet worden, die feststellte, daß bei dieser Mischung das Pfund Seife 8,80 Mark koste. Deshalb liege Preiswucher vor. Der Angeklagte behauptete, daß ihm jede Düte selbst 29 Pfg. koste und er sie für 32 Pfg. an die Händler ablasse, die sie für 40 Pfg. weiter verkaufen. Die Beurteilung der Angemessenheit der Preise war insofern schwierig, als der Angeklagte über die Bestandteile seiner Erfindung spezielle Angaben ablehnte und nur soviel verriet, daß einen Hauptbestandteil alte Grammophonplatten in Verbindung mit Soda und Pottasche bilden. Er berief sich für die Güte seiner Erfindung darauf, daß das Kriminalgericht, die Staatsanwaltschaft selbst, das Abgeordnetenhaus und andere Behörden seine Abnehmer seien. Der Amtsanwalt beantragte 200 Mark Geldstrafe. Rechtsanwalt Dr. Alsberg wies für den Angeklagten darauf hin, daß in „Wäscheweiß" das Publikum 1 Pfund Schmierseife für 40 Pfg. erhalte, und dieses Pfund tue ziemlich dieselben Dienste wie ein Pfund Schmierseife, das zurzeit 2,20 Mark koste. Das Gericht kam zur Freisprechung des Angeklagten.

Aus Nah und Fern.

Mord in Berlin. Die 24jährige Ehefrau des Fensterputzers Schröder und ihr vierjähriges Töchterchen wurden in der Wohnung mit durchschnittenen Hälsen im Bett tot aufgefunden. Die Mordwaffe, ein Rasiermesser, lag neben den Leichen. Als Täter kommt der Ehemann Schröder in Betracht, der anscheinend beabsichtigte, auch sich das Leben zu nehmen, dan man einen an einem Haken befestigten Strick auffand. Schröder war in eine schwere Diebstahlsangelegenheit verwickelt. Der Täter ist bisher nicht ergriffen worden.

Hinrichtung. In Danzig wurde der Schmied Wladislaus Paschkowski aus Hochstüblau hingerichtet. Er hatte im Oktober vorigen Jahres die Ehefrau des im Felde stehenden Mühlenbesitzers Schwedowski in Hochstüblau, dessen Schwiegermutter und dessen zwei Söhne ermordet und das Haus in Brand gesteckt, sodaß die Leichen verbrannten.

Die Schußwaffe in Kinderhand. Mit dem Revolver seines Vaters hat sich der 12jährige Alfred Gericke in Schöneberg schwer verletzt. Die Mutter des Knaben hatte sich nach ihrer Arbeitsstelle begeben und ihrem Sohn die Wohnungsschlüssel überlassen. Als der Junge zu Hause mehrere Behälter durchsuchte, fand er in einem derselben einen mit sechs Patronen geladenen Revolver, den der im Felde stehende Vater an jener Stelle verwahrt hatte. Er nahm die Waffe an sich und begab sich damit auf den Weg zum Bäcker, um Brot zu kaufen. Unterwegs kam er im Lauf zu Fall, dabei entlud sich der Revolver und eine Kugel drang dem Knaben in den Unterleib. Trotz der schweren Verwundung schleppte sich der Schüler noch eine Strecke weit und brach besinnungslos in einem Hausflur zusammen. Als er dort aufgefunden wurde, machte er zunächst die falsche Angabe, daß ihm unwohl geworden sei. Die Blutlache verriet jedoch seine schwere Verletzung. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus gebracht, wo er in bedenklichem Zustande darniederliegt.

Die Erlebnisse der Shackleton-Expedition. Welche Entbehrungen die Mitglieder der Shackleton-Expedition auf der Elefanteninsel im Stillen Ozean, wo sie viele Monate verbleiben mußten, bevor Rettung kam, zu erdulden hatten, beweist folgendes Telegramm aus Punta Arenas, der Südküste Chiles an die „Daily Chronicle": Man kann sich keine unwirtlichere Insel denken als die Elefanteninsel. Sie hat viele Klippen, die über 600 Meter hoch sind, gegen welche die Wogen fortwährend donnern und rasen. Am 24. April verließen Shackleton und fünf andere Mitglieder der Expedition die Insel, um aus Süd-Georgien Hilfe zu holen. Verschiedene der zurückgebliebenen Mitglieder hatten in den ersten drei Wochen durch erfrorene Gliedmaßen zu leiden, worin jedoch langsam eine Besserung eintrat. Die Eishöhle, in der man Schutz gesucht hatte, war bald wegen des eindringen Schnees unbewohnbar, so daß man sie verlassen mußte. Da nahm man die beiden letzten Boote, verfertigte eine Art Schutzdach daraus und verschloß den Eingang der Höhle mit dem wenigen noch vorhandenen Segeltuch. Als Schlafstätten dienten die Sitzbänke, aber die meisten mußten auf Kieselsteinen schlafen, die man am Strande gesammelt hatte. Für die Beleuchtung sorgte eine Tranlampe und das Essen kochte man in einer alten Petroleumkanne. Das Leben war eine eintönige Folge von Stürmen und schweren Nebeln. Die einzige Abwechslung war die beständig drohende Gefahr des abbröckelnden Eises und der Sturzseen. Stürme waren willkommen, denn sie befreiten das Meer vom Eise und ließen die Peguinen an Land kommen. Zwei Tage vor der Rettung hatte ein heftiger Sturm das Meer vom Eise gesäubert. Am 30. August saß man gerade beim zweiten Frühstück, als die Wache rief, daß ein Schiff sich der Insel nähere. Um 2 Uhr hatten sich alle eingeschifft. Die erst Freage, welche die Geretteten stellten, war, ob der Krieg zu Ende sei. Sei hatten nämlich seit Oktober 1914, als das Polarschiff „Guduranca" Buenos Aires verließ, von der Außenwelt nichts mehr vernommen.

Schwere Ernteschäden in Spanien. Der „Imparcial" meldet aus Valdepenas, daß ein furchtbarer Hagelsturm die Ernte in der ganzen Umgegend zerstört habe. Der Schaden wird auf beinahe vier Millionen Pesetas geschätzt. Die Weinernte soll besonders schwer getroffen worden sein.

Genossenschaftsbewegung.

Eine Konsumvereinsbäckerei in Wilna ist vor etwa zwei Monaten von dem Zentral-Konsumverein in Bialystok, der über 500 Mitglieder zählt, ins Leben gerufen worden. Ihre Einrichtung ist der „Bial. Zeitung" zufolge von der Bevölkerung lebhaft begrüßt worden, da sie vor allem für eine bessere Beschaffenheit des Brotes zsorgt hat. Denn über das schlechte Bäckerbrot wurde von der Bürgerschaft sehr geklagt. Die Bäcker behaupteten, das Kriegsmehl trüge die Schuld an dieser schlechten Qualität des Brotes. Daß dem nicht so ist, hat die neue Konsumbäckerei bewiesen. Ihr Brot, das auch von der deutschen hyzienisch-chemischen Untersuchungsstelle untersucht und als einwandfrei befunden worden ist, hat sich bei der Bevölkerung schnell eine große Beliebtheit erworben, zumal es für die Mitglieder noch dazu für 26 Pfg. statt 27 Pfg. für das polnische Pfund verkauft wird. Die Konkurrenz der Konsumvereinsbäckerei hat auch bewirkt, daß das Bäckerbrot ebenfalls besser geworden ist.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Das sicherste Staatspapier der Welt

ist die deutsche Kriegsanleihe. — Sie trägt hohe Zinsen und ist (auch als Zwischenschein) jederzeit verkäuflich und beleihbar. Die Steuerkraft des deutschen Volkes, das Vermögen sämtlicher Bundesstaaten sowie des Reiches selbst haften für sie.

4581